

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

06.12.2016

Lehrerverbandspräsident Josef Kraus:

„PISA ohne Mehrwert“

- **„Wir brauchen Bildung statt Testertis.“**
- **PISA als Sozialindikator völlig ungeeignet**

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) Josef Kraus hat sich in einer ersten Stellungnahme zu den aktuellen PISA-Ergebnissen wie folgt geäußert: „Es ist schön, wenn sich die deutschen PISA-Ergebnisse konsolidiert haben. Der Nutzen der PISA-Studien bleibt gleichwohl fragwürdig, denn PISA bildet nur einen minimalen Ausschnitt aus dem Bildungsgeschehen ab.

Nicht erfasst wird mit PISA: sprachliches Ausdrucksvermögen, literarisches Verständnis, fremdsprachliches Können, historisches, wirtschaftliches, geographisches, religiöses/ethisches Wissen und ästhetische Bildung. Gerade diese mit PISA nicht erfassten Bereiche machen Allgemeinbildung und Persönlichkeitsbildung aus. Wir müssen also wieder den nicht messbaren und über-nützlichen Wert von Bildung betonen. PISA und eine OECD, die diesen Test – wohlgermerkt als Wirtschaftsorganisation! – trägt und propagiert, reduziert nämlich „Bildung“ auf sogenannte Kompetenzen, die man in einem globalisierten Unternehmen vermeintlich braucht. Das ist zu wenig.

Ich warne davor, Schulbildung immer noch mehr auf PISA-Testerei auszurichten. Überfällig wäre längst eine Offensive für Bildungsinhalte, die aus jungen Menschen kulturell und historisch-politisch mündige Bürger machen – durch einen anspruchsvollen, vielseitigen Unterricht sowie Zeugnisse, die keine bloßen Gefälligkeitsatteste sind. Jede weitere mit PISA begründete Reformhektik schadet. Sie verhindert eine nach Jahren der Hektik überfällige Konsolidierung der Schulen, und sie tut am meisten denjenigen jungen Leuten weh, die hinterherhinken.

Im Übrigen ist PISA als Indikator für die soziale Ausgewogenheit eines Bildungswesens völlig ungeeignet, denn PISA testet 15-Jährige. Damit wird aber nicht erfasst, dass in Deutschland aufgrund der vertikalen und damit auch sozialen Durchlässigkeit des Schulwesens fast 50% der Studierberechtigten kein Gymnasium besucht haben. Diese ausgeprägte vertikale Durchlässigkeit ist weltweit einmalig.“

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

Für den Inhalt verantwortlich: DL-Geschäftsstelle - Anne Schirmmacher

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

29.11.2016

Deutscher Lehrerverband zu TIMSS:

„Grundschule droht wegzubrechen“

Erhebliches innerdeutsches Gefälle beim Unterrichtsumfang

In einer ersten Stellungnahme hat sich Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), wie folgt zu den Ergebnissen der aktuellen Grundschul-TIMS-Studie geäußert:

„Die mittelmäßigen Ergebnisse überraschen mich keineswegs, man darf sich damit aber nicht zufrieden geben. Schließlich wurden die Grundschulen in einigen deutschen Ländern in den letzten Jahrzehnten zu einer Spielwiese falscher Reformen. Die Folgen sind nun vor allem in einigen deutschen Ländern spürbar: Die Zahl der Unterrichtsstunden wurde gekürzt, die Ansprüche wurden abgesenkt, der Grundwortschatz wurde reduziert, das Schreiben nach Gehör wurde eingeführt, zulasten der Kernfächer Deutsch und Mathematik wurde mit zweifelhaftem Erfolg ein Grundschul-Englisch etabliert.

Sehr bedauerlich ist, dass die aktuelle Studie aufgrund der relativ schmalen Stichprobe nicht nach Bundesländern ausdifferenziert werden kann. Sonst hätte sich mit Gewissheit ein erhebliches innerdeutsches Gefälle herausgestellt. Allein die Zahl der Unterrichtsstunden, die Grundschüler genießen, ist in hohem Maße unterschiedlich. Ein Grundschüler in Bayern hat in vier Jahren etwas mehr als 4.100 Stunden Unterricht, ein Grundschüler in Berlin oder Brandenburg nur rund 3.700, ein Schüler in NRW 3.900. Die Differenz entspricht einem halben bzw. einem viertel Schuljahr.

Leidtragende sind nicht nur die Schüler, sondern auch die weiterführenden Schulen, die vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik in ihren Eingangsklassen oft nicht mehr das voraussetzen können, was sie vor 25 Jahren voraussetzen konnten.

Es wird Zeit, dass man unseren Grundschulern wieder etwas mehr zumutet, weil man ihnen mehr zutrauen kann. Die Grundschule muss statt auf Erlebnisorientierung wieder mehr auf Ergebnisorientierung setzen.“

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

Für den Inhalt verantwortlich: DL-Geschäftsstelle - Anne Schirmmacher

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

09.11.2016

Deutscher Schulbuchpreis verliehen:

„Europäisches Geschichtsbuch“ und „StArk – Strukturierte Arbeitskisten“ werden ausgezeichnet

Am 7. November 2016 wurde in Eichstätt vom Kuratorium Deutscher Schulbuchpreis des Vereins ‚Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft‘ (LDEZ) der Deutsche Schulbuchpreis verliehen. Der Hauptpreis von 5000 Euro ging an das „Europäische Geschichtsbuch – Von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert“, herausgegeben von Frédérique Delouche, erschienen im Klett-Cotta-Verlag. Einen Sonderpreis von 2000 Euro erhielten vier Lehrkräfte von der Förderschule für geistige Entwicklung der Sekundarstufe II im „Förderzentrum zur individuellen Lebensgestaltung und Berufsbildung“ (FiLB) in Gütersloh. Sie entwickelten 24 strukturierte Arbeitskisten, genannt „StArk“ als Hilfen für den sonderpädagogischen Unterricht mit förderbedürftigen Heranwachsenden.

In seiner Laudatio betonte der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, wie eindrucksvoll es dem Herausgeber und den Verfassern des „Europäischen Geschichtsbuchs“ gelungen sei, europäische Geschichte von der Ur- und Frühgeschichte bis ins heute facettenreich zu beleuchten und Zusammenhänge herzustellen und damit eine „europäische Identität“ als roten Faden herauszuarbeiten. Das Werk biete damit einen ausgezeichneten Überblick über Europas mehrtausendjährige Geschichte. Wesentliche geschichtliche Sachverhalte und das Denken in den verschiedenen Epochen würden überzeugend dargestellt und mit 250 farbigen Abbildungen und opulentem Kartenmaterial veranschaulicht – ein Buch, das in jede Schul- und Lehrerbibliothek gehöre und jeden Geschichtsunterricht bereichern könne.

Laudator Josef Kraus lobte bei der Vergabe des Sonderpreises, dass die Verfasser des StArk-Materials sich der Aufgabe gestellt haben, schwerstbehinderte und in ihrer Entwicklung stark beeinträchtigte jugendliche Schüler bedarfs- und altersgerecht zu fördern, um sie auf berufliche und persönliche Herausforderungen vorzubereiten. Das Material basiere auf dem TEACCH-Ansatz: „Treatment and Education of Autistic and related Communication handicapped Children“, einem Ansatz zur Bildung von autistischen und kommunikationsbehinderten Kindern. Unter Verwendung von haptisch ansprechenden Materialien wird eine Förderung basaler Kompetenzen bei Kindern mit schwerster geistiger und/oder körperlicher Behinderung und die Förderung berufsrelevanter Kompetenzen bei Jugendlichen mit ebensolcher geistiger und/oder körperlicher Behinderung ermöglicht, unterstützt von einem erfahrungsbasierten didaktisch-methodischen Kommentar zum Einsatz der Arbeitskisten im Unterricht.

Informationen zu den ausgezeichneten Werken finden Sie auf der Seite des Klett-Cotta-Verlags und der StArk-Arbeitskisten:

https://www.klett-cotta.de/buch/Geschichte/Das_europaeische_Geschichtsbuch/15936

<http://stark-arbeitskisten.de/>

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

Für den Inhalt verantwortlich: DL-Geschäftsstelle - Anne Schirmmacher

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

28.10.2016

Lehrerverband zur IQB-Schulleistungsstudie

„Es wird höchste Zeit, dass sich die schwachen Länder nach der Decke strecken!“

Empörung über Aussagen der Berliner Schulsenatorin Scheeres

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die Schulpolitik vor Selbstzufriedenheit im Zusammenhang mit der jüngsten Schulleistungsstudie gewarnt. Gute Landesergebnisse bedeuteten nicht, so DL-Präsident Josef Kraus, dass alles in Ordnung sei. Schließlich seien die standardisierten Vorgaben, an denen die Tests ausgerichtet seien, nicht in allen Bereichen besonders anspruchsvoll.

Vor allem den schwach abscheidenden deutschen Ländern rät Kraus, sich ab sofort nach der Decke zu strecken. Da es immer die gleichen Länder seien, die hinten lägen, hätten diese Länder seit zwei kompletten Schülerjahrgängen genügend Zeit gehabt, endlich Konsequenzen zu ziehen. Denn die Ergebnisse des Jahres 2016 sind weitgehend identisch mit den Rangreihen, die man bereits mit PISA 2000 gehabt habe.

Empört reagierte Kraus auf eine Aussage der Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres: Diese hatte als Konsequenz auf das schlechte Ergebnis Berlins unter anderem gefordert, dass die Lehrkräfte „die notwendigen Schlussfolgerungen für die Förderung des einzelnen Kindes ableiten und den Unterricht danach ausrichten“ müssten. Kraus dazu wörtlich: „Was die Senatorin hier betreibt, ist die Methode ‚Haltet den Dieb.‘ Wenn die Politik ein Schulsystem – wie Berlin dies seit Jahren tut – an die Wand fährt, sollte sie nicht plump davon ablenken und die Lehrerschaft dafür verantwortlich machen. Es ist schließlich Berlin, das nicht für genügend Lehrkräfte gesorgt hat und das die schulischen Leistungsansprüche bei einer gleichzeitigen Inflation an Zeugnissen mit Bestnoten heruntergefahren hat.“

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.
Für den Inhalt verantwortlich: DL-Geschäftsstelle - Anne Schirmmacher

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

03.05.2016

Lehrerverband zum Gutachten des Aktionsrats Bildung:

„Integration um den Preis einer Absenkung von Sprach- und Bildungsstandards ist der falsche Weg!“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) ist nicht mit allen heute bekannt gewordenen Empfehlungen des Aktionsrats Bildung zur schulischen und beruflichen Integration von heranwachsenden Flüchtlingen einverstanden. Insbesondere kritisiert DL-Präsident Josef Kraus die beiden Vorschläge, Lehrer sollten sich im Unterricht einer einfachen Sprache bedienen und es solle vereinfachte berufliche Bildungsgänge für Flüchtlinge geben.

Wörtlich äußerte sich Kraus wie folgt:

„Eine Absenkung des Sprachniveaus und der Ansprüche in der beruflichen Bildung wäre antiintegrativ. Eine vereinfachte Unterrichtssprache mag im Moment die Integration erleichtern, später aber beim Übergang in berufliche oder akademische Bildung werden die Hürden dadurch höher. Außerdem ginge eine sprachliche Verarmung auch zu Lasten der deutschsprachigen Schüler. Das Ziel einer Verringerung des Leistungsabstandes zwischen deutschen und zugewanderten Schülern kann nicht durch Absenkung von Ansprüchen erreicht werden. Am Ende wären alle Schüler die Verlierer. Das Gleiche gilt für eine „Berufsausbildung light“, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert und für die auf dem Markt eigentlich kein Bedarf besteht.“

Der Deutsche Lehrerverband hat 2015 einen Zehn-Punkte-Plan zur Integration der Flüchtlinge im schulischen Bereich vorgelegt: http://lehrerverband.de/aktuell_10_Punkte_Integration.html.

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.
Für den Inhalt verantwortlich: DL-Geschäftsstelle - Anne Schirmmacher

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

11.02.2016

DL-Präsident Josef Kraus im WDR zur aktuellen PISA-Sonderauswertung

- **Eltern mehr in die Verantwortung nehmen!**
- **Schulen brauche mehr Stunden für individuelle Förderung**

Zur aktuellen Sonderauswertung von PISA-Daten aus dem Jahr 2012 nahm DL-Präsident Josef Kraus in einem Interview mit dem WDR sinngemäß wie folgt Stellung:

„Die aktuell vorgelegten Ergebnisse sind nach wie vor kein Ruhmesblatt für die Schule in Deutschland. Man sollte aber auch nicht übersehen, dass erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen sind. Wenn sich der Anteil der sogenannten Schwachleister in einzelnen Testbereichen von 22 auf 14 Prozent reduziert hat, dann ist das eine Reduzierung dieser problematischen Schülerschaft um rund ein Drittel.

Für den nach wie vor problematischen Anteil an leistungsschwachen Schülern gibt es maßgeblich zwei Gründe. Der eine hat mit der Schule, der andere mit deren Elternhaus zu tun.

Was problematische Elternhäuser betrifft, so ist es immer noch nicht gelungen, sie in Sachen Schulbildung ihrer Kinder in die Pflicht zu nehmen. Es gibt jedenfalls – zumal Schulbildung in Deutschland kostenfrei und damit nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist – keine Bildungsoffensive ohne elterliche Erziehungsoffensive. Natürlich hat das Gemeinwesen eine große Bringschuld, das heißt die Verantwortung, ein gutes und effektives Bildungswesen zur Verfügung zu stellen. Zugleich gibt es bei den Adressanten des Bildungsangebots eine Holschuld. Hier mangelt es oft – sowohl bei Teilen der deutschen Schülerschaft wie auch bei Teilen der Schülerschaft mit Migrationshintergrund.

Die Schulen allein können das Problem nicht beseitigen. Sie könnten aber, zumal in einer äußerst heterogenen Schülerschaft, mehr individuelle Förderung von schwachen wie auch von besonders leistungsfähigen Schülern leisten, wenn sie eine 105- bis 110-prozentige Stundenausstattung hätten. Damit könnte Unterrichtsausfall vermieden werden, der nach wie vor vorhanden ist und vor allem zu Lasten der Schwächsten geht. Außerdem könnten so Förderkurse für schwache Schüler eingerichtet werden.

Die Heterogenität der Schülerschaft an deutschen Schulen wird im Übrigen in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Es ist nicht unrealistisch, davon auszugehen, dass wir im Frühsommer 2016 aufgrund von Familiennachzug 400.000 bis 500.000 schulpflichtige Flüchtlinge in Deutschland haben. Diese Schüler wird man vernünftigerweise nicht gleich in PISA-Tests einbeziehen. Aber unabhängig davon brauchen wir für diese Schüler Tausende von ein- bis zweijährigen Brückenklassen, in denen sie auf die Integration in eine Regelklasse vorbereitet werden.“

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.
Geschäftsstelle Deutscher Lehrerverband Berlin – Anne Schirmmacher

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

08.01.2016

DL-Präsident Josef Kraus zur Behandlung von Hitlers „Mein Kampf“ in der Schule

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, hat die Herausgabe der kommentierten Auflage von Hitlers „Mein Kampf“ durch das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) begrüßt und eine Behandlung von Auszügen daraus im Schulunterricht empfohlen. Er sieht sich in seiner Empfehlung, die er bereits am 17. Dezember 2015 öffentlich machte, bestätigt, nachdem sich mittlerweile mehrere Kultusminister ebenfalls in diesem Sinne geäußert haben. Kraus wörtlich: „Eine solide und differenzierte Behandlung von Textauszügen dieser Hetzschrift im Unterricht kann ein wichtiger Beitrag zur Immunisierung Heranwachsender gegen politischen Extremismus sein.“

Im Einzelnen knüpft Kraus daran folgende Überlegungen:

- Die Schulen können „Mein Kampf“ nicht ignorieren. Was für die Schulen verboten wäre – das weiß man von Indexlisten der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien – erfreut sich, zum Beispiel via Internet, besonderer Nachfrage. Da ist es besser, die Rezeption von „Mein Kampf“ wird durch versierte Lehrer angeleitet.
- In Frage kommt die Behandlung von „Mein Kampf“ für die Oberstufe der Gymnasien und der berufsbildenden Schulen, also für 16/17-Jährige aufwärts.
- Es sind nur Auszüge zu behandeln, an denen nach dem Prinzip „Wehret den Anfängen“ deutlich gemacht werden kann, in welche Katastrophen eine solche Hetzschrift führen kann.
- Im Interesse einer Einheitlichkeit beim schulischen Umgang mit „Mein Kampf“ sollte die Kultusministerkonferenz zu didaktisch-methodischen Rahmenempfehlungen finden. Außerdem sollten die 16 deutschen Länder einen sogenannten Reader mit geeigneten Textauszügen erarbeiten lassen und den Schulen zur Verfügung stellen.
- Die unterrichtliche Behandlung des Nationalsozialismus darf sich nicht in einer drei oder vier Stunden umfassenden Analyse von „Mein Kampf“ erschöpfen. Der Nationalsozialismus ist umfassend aufzuarbeiten: Dazu gehören u.a. Texte von Anne Frank oder Dietrich Bonhoeffer, und dazu gehört in jedem Fall ein Besuch in einem ehemaligen Konzentrationslager. Federführend sollte das Fach Geschichte sein. Flankierend kann die Behandlung des Themas und der Textauszüge auch in den Fächern Politik/Sozialkunde, Religion/Ethik und Deutsch erfolgen.

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

Für den Inhalt verantwortlich: DL-Geschäftsstelle, Anne Schirmmacher



Zehn-Punkte-Programm des Deutschen Lehrerverbandes (DL) und seiner Mitgliedsverbände DPhV, VDR, VLW und BLBS zur Integration heranwachsender Flüchtlinge in das Schulwesen

Lehrerverbände fordern Masterplan zur Integration heranwachsender Flüchtlinge in das Schulwesen

Der Deutsche Lehrerverband (DL) und seine Mitgliedsverbände des allgemeinbildenden und des berufsbildenden Schulwesens (DPhV, VDR, BLBS und VLW) sehen das Bildungssystem vor großen Herausforderungen. Um den Bedürfnissen der geflüchteten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie den Erwartungen ihrer Eltern an das deutsche Schul- und (Aus-)Bildungswesen gerecht zu werden, fordern sie von Bund, Ländern und Kommunen die Entwicklung und Umsetzung eines Masterplans zur Integration. Nur mit erheblichen zusätzlichen personellen Kräften und finanziellen Mitteln kann ein solcher Plan gelingen.

Die Verbände empfehlen folgende zehn Überlegungen und Initiativen:

1. Auch wenn die Zahl der betroffenen Heranwachsenden nicht exakt bezifferbar ist, stellt sie doch mit geschätzt 200.000 bis 300.000 quantitativ eine große Herausforderung für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen insbesondere in Ballungsregionen dar. Die Zahl 200.000 bzw. 300.000 kann nicht dadurch kleingeredet werden, dass es sich dabei „nur“ um zwei bis drei Prozent aller Schüler in Deutschland handle.
2. Die besondere Herausforderung besteht darin, dass es sich hier hinsichtlich kultureller, religiöser und geographischer Herkunft um sehr heterogene Schülergruppen handelt, die zu erheblichen Teilen noch kaum alphabetisiert sind bzw. nur eine geringe schulische Vorbildung haben, kaum Deutsch sprechen und vielfach traumatisiert sind.
3. Vor diesem Hintergrund ist eine unmittelbare Integration dieser Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in das Regelsystem nur in wenigen Ausnahmefällen möglich. Der größte Teil braucht vor der Integration in Regelklassen eine zielgruppenspezifische Einführung. Erste Erfahrungen zeigen, dass eine halb- bis zweijährige Vorbereitungszeit angemessen ist.
4. Das A und O der späteren Integration ins Regelsystem sind das wenigstens rudimentäre Beherrschen der deutschen Sprache sowie Basiskenntnisse über deutsches und europäisches Recht, deutsche und europäische Geschichte, deutsche und europäische Geographie sowie deutsche und europäische Kultur.
5. Der Erwerb der deutschen Sprache setzt in der Regel einen mindestens 800 Stunden umfassenden Unterricht in Deutsch als Zweitsprache voraus. Dieser Unterricht sollte in überschaubaren eigenen Gruppen über ein Jahr hinweg stattfinden und von Lehrern mit entsprechender Qualifikation gestaltet werden.

6. Um entsprechende Lehrkräfte verfügbar zu haben, sollten die zur Zeit ausreichend am Markt verfügbaren jungen Lehrkräfte mit Fakultas Deutsch für eine Fortbildung in der Didaktik und Methodik des Faches Deutsch als Zweitsprache gewonnen werden. Diesen jungen Lehrkräften sollten Jahresverträge angeboten und für spätere Bewerbungen um Planstellen ggf. Boni eingeräumt werden. Die dafür notwendigen Mittel können durch Nachtragshaushalte zur Verfügung gestellt werden. Ohne dass dadurch der Bildungsföderalismus in Frage gestellt wird, ist hier auch eine finanzielle Beteiligung des Bundes erforderlich, weil es sich bei der Integration der Flüchtlinge um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Notwendig sind ferner Dolmetscher, Sozialpädagogen und Psychotherapeuten.
7. Die Anwerbung dieser Kräfte darf nicht erst im Frühsommer 2016 erfolgen, weil diese Lehrkräfte zu diesem Zeitpunkt bereits als Aushilfskräfte oft schon unter Vertrag stehen. Entsprechende Maßnahmen müssen zur Jahreswende 2015/2016 starten.
8. Die Integration junger Flüchtlinge ins Schul- und Bildungswesen kann nur gelingen, wenn diese Heranwachsenden gleichmäßig über alle Regionen verteilt werden. Eine Bündelung größerer Gruppen in einzelnen Schulen gefährdet die Integration.
9. Die Integration ins Regelschulwesen setzt voraus, dass jeder heranwachsende Flüchtling die zu ihm passende Schulform bzw. den zu ihm passenden Ausbildungsweg findet. Um diese Passung zu erreichen, bedarf es individueller Potenzialanalysen, die von Schulberatern, Schulpsychologen und Berufsberatern erstellt werden. Die erfolgreiche Integration der heranwachsenden Flüchtlinge in das Berufsbildungssystem erfordert zudem eine Begleitung durch multiprofessionelle Teams bis zum Eintritt in den Beruf. Dabei sind die heranwachsenden Flüchtlinge durch Integrationscoaches, assistierte Praktika und eine zielgruppenadäquate Berufsorientierung zu unterstützen.
10. Eine zum Zwecke rascherer Integration verschiedentlich diskutierte vorübergehende Absenkung schulischer Ansprüche ist nicht zielführend: Damit würden sowohl für die Stammschüler wie auch für die heranwachsenden Flüchtlinge die späteren Chancen zur Vermittlung in weiterführende Bildungseinrichtungen geschmälert.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

06.11.2015

Lehrerverband kritisiert Bundesinnenminister de Maizière:

„Improvisieren ja, Niveauabsenkung nein!“

- **„Was de Maizière vorschlägt, ist ein Bären dienst an Schülerschaft und Wirtschaft.“**
- **„Ohne erweiterte Strukturen und ohne zusätzliche Ressourcen geht es nicht!“**

Mit Verwunderung hat der Deutsche Lehrerverband (DL) die jüngsten Äußerungen des Bundesinnenministers Thomas de Maizière aufgenommen, die er im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen ins Bildungswesen am Donnerstag äußerte.

DL-Präsident Josef Kraus sagte dazu in einer ersten Stellungnahme:

„Mit dem Vorschlag einer vorübergehenden Absenkung des Bildungsniveaus zur rascheren Integration von Flüchtlingen erweist de Maizière den Stammschülern, den Zuwanderern und dem Arbeitsmarkt einen Bären dienst. Bildung in Deutschland ist in manchen Bereichen ohnehin nicht optimal aufgestellt. Eine als vorübergehend gedachte Absenkung des Bildungsniveaus kann gar nicht funktionieren, weil sich eine solche Absenkung erfahrungsgemäß perpetuiert.“

Wörtlich ergänzte Kraus: „Natürlich müssen unsere Bildungseinrichtungen angesichts der aktuellen Lage improvisieren. Das tun sie auch in hohem Maße und mit vorbildlichem Engagement. Eine volle Integration von Flüchtlingskindern in Regelklassen setzt aber erweiterte Strukturen und zusätzliche Ressourcen voraus. Vor allem müssen dringend für mindestens ein Schuljahr zusätzliche Sprachlernklassen eingerichtet werden. Für die geschätzt 300.000 schulpflichtigen Flüchtlinge werden etwa 20.000 Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) benötigt, sie könnten nach einer kurzen Phase der Weiterbildung über die zahlreichen arbeitslosen Deutschlehrer gewonnen werden. Vorbild könnten bei hinreichender Personalausstattung die 500 an bayerischen Berufsschulen eingerichteten Vorbereitungsklassen sein, die dann auch in ein Berufsvorbereitungsjahr einmünden.“

Für den Inhalt verantwortlich: Geschäftsstelle DL – Anne Schirmmacher

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

03.09.2015

Deutscher Lehrerverband zur Studie der Bertelsmann Stiftung

„Inklusion ist kein Selbstzweck“

„Es geht nicht um Quoten, sondern um das Kindeswohl“

Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), hat den Wert der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zur Inklusion nachdrücklich in Frage gestellt.

Wörtlich sagte Kraus dazu:

„Die Bertelsmann Stiftung betreibt einmal mehr einen Zahlen- und Quoten-Fetischismus. Auf der Jagd nach hohen Inklusionsquoten wird nämlich übersehen, dass Inklusion kein Selbstzweck sein kann. Selbst die UN-Konvention zur Inklusion hebt in ihren Grundsätzen explizit auf das Kindeswohl ab.

Gewiss geht es darum, Behinderte in Gesellschaft und Arbeitswelt zu inkludieren. Der Weg dorthin kann aber bei spezifischen Behinderungen nicht der Weg der schulischen Inklusion, sondern nur der der schulischen Differenzierung sein. Zum Beispiel hat Inklusion in eine bestimmte Schulform nur dann einen Sinn, wenn ein behindertes Kind wenigstens halbwegs erkennbar die Chance hat, den Bildungsabschluss dieser Schulform zu erreichen.

Ärgerlich am Zahlenpaket der Bertelsmann-Stiftung ist, dass implizit einmal mehr die großartigen Leistungen der Förderschulen in Deutschland in den Schatten gestellt werden. Außerdem findet in vielen Fällen, in denen Schulen von Inklusion sprechen, Inklusion gar nicht statt, weil dann doch in zentralen Fächern differenziert wird.

Hohe Inklusions-Quoten sprechen nicht unbedingt für eine gut umgesetzte Inklusion, die allen Schülern ausreichende Förderung ermöglicht. Mehrere deutsche Länder haben ihre Inklusionsquoten nämlich vorschnell in die Höhe geschraubt und zahlreiche Förderschulen geschlossen, ohne eine ausreichende Infrastruktur in den Gebäuden, ausreichend allgemein unterrichtende und sonderpädagogische Lehrkräfte und ausreichend Assistenzkräfte an den Regelschulen zu haben. Diese Länder sollten für ihr Sparverhalten nicht noch gelobt werden. Oft haben sie damit eine für zahlreiche Schüler mit und ohne Beeinträchtigung, für Eltern und Lehrkräfte schwierige Situation geschaffen.

Grundsätzlich muss sich die Bertelsmann Stiftung die Frage stellen, ob sie mit ihren inflationär aufgelegten Quotenkolonnen der Bildungsdebatte in Deutschland nicht einen Bärenienst erweist. Je mehr nämlich um Quoten gerungen wird, desto mehr gerät die Debatte um Bildungsqualität in den Hintergrund“.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, DL-Geschäftsstelle Berlin

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

22.04.2015

Lehrerverband zum Welttag des Buches am 23.04.2015:

„Schule muss Freude am Lesen wecken“ Warnung vor überzogener Digitalisierung von Bildung

Anlässlich des von der UNESCO ausgerufenen Welttages des Buches, der jährlich am 23. April stattfindet, weist Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, auf die Bedeutung des Lesens und des Schreibens für jede Form von Bildung hin.

„Lesen und Schreiben sind Kulturtechniken, die durch intensives Üben erworben werden müssen. Für Schule, Ausbildung, Studium und Beruf sind die entsprechenden Fertigkeiten unerlässlich. Fehlt hier die Routine, dann wird schon das Lesen kürzester Texte zur Anstrengung, von der Lektüre komplexer Artikel oder gar der Lektüre von Büchern ganz zu schweigen.“

Leider aber, so Kraus, würden im heutigen Deutschunterricht die Ansprüche immer weiter heruntergeschraubt – alles solle offenbar spielerisch bleiben, Anstrengung und Übung scheinen verpönt. Vielen Schülern werde dadurch der Zugang zur Welt der Bücher verschlossen bleiben. Am Ende neigten die jungen Leute dazu, sich nur noch Häppchen aus dem Internet zu holen.

Kritisch betrachtet Kraus auch den allseits reklamierten Trend zu mehr Digitalisierung der Schulbildung. Kraus dazu wörtlich: „Bevor wir schier euphorisch darüber diskutieren, ob es Tablets und Programmierunterricht schon in den Grundschulen braucht, sollten wir sicherstellen, dass wir allen Schülern die Freude am Lesen und an den komplexen Sprach- und Erzählungsnetzwerken, die wir Bücher nennen, vermitteln. Dies ist auch die beste Vorbereitung für den kritischen Umgang mit Medien, egal, ob es sich dabei um gedruckte oder digitale Inhalte handelt. Da nicht alle Kinder die Freude am Lesen und die Nähe zum Buch in den Elternhäusern vorgelebt bekommen, ist eine flächendeckende Ausstattung der Schulen mit gut sortierten Schulbibliotheken umso wichtiger. Deutschland hinkt in Sachen Schulbibliotheken hinterher, dabei wäre hier bereits mit einem Bruchteil der Kosten, die für die Computerisierung von Schule veranschlagt werden, viel erreicht.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.



Schreiblemotorik Institut e. V.
Schwanweg 1
90562 Heroldsberg
www.schreiblemotorik-institut.com

Kontakt: Andrej Priboschek
Tel. 0175 / 43 20 675
andrej.priboschek@bildungsjournalisten.de



Deutscher Lehrerverband (DL)
Dominicusstr. 3
10823 Berlin
www.lehrerverband.de

Kontakt: Josef Kraus
Tel. 0171 52 45 945
josefwkraus@t-online.de

Presse-Information, Berlin, 01.04.2015

Umfrage unter Lehrern macht deutlich: Probleme mit dem Handschreiben in der Schule nehmen zu

BERLIN. Die Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland sehen immer häufiger, dass Schülerinnen und Schüler Probleme mit dem Handschreiben haben. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die der Deutsche Lehrerverband (DL) gemeinsam mit dem Schreiblemotorik Institut, Heroldsberg, durchgeführt hat. Danach meinen vier Fünftel (79 Prozent) der an der Erhebung beteiligten Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen, die Handschrift ihrer Schülerinnen und Schüler habe sich im Schnitt verschlechtert. Sogar 83 Prozent der befragten Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer gaben an, dass sich die Kompetenzen, die Schüler als Voraussetzung für die Entwicklung der Handschrift mitbringen, in den vergangenen Jahren verschlechtert haben. Nach Einschätzung der an der Umfrage beteiligten Lehrkräfte haben die Hälfte der Jungen (51 Prozent) und ein Drittel der Mädchen (31 Prozent) Probleme mit der Handschrift.

DL-Präsident Josef Kraus forderte die Kultusminister der Länder auf, das Thema Handschreiben verstärkt in den Blick zu nehmen „Wir benötigen mehr Förderung der Grob- und Feinmotorik schon in den Kindertagesstätten und dann in den Grundschulen.“ Die Erzieherinnen und die Grundschullehrkräfte benötigten dafür angesichts der wachsenden Herausforderungen mehr Unterstützung. Zugleich kritisierte Kraus: „Die zunehmenden Probleme vieler Schüler mit der Schreibschrift muss sich auch eine Schulpolitik ankreiden lassen, die dem Schreiben und insgesamt der sprachlichen Bildung immer weniger Bedeutung beimisst.“ Als Beispiel nannte Kraus den reduzierten Grundwortschatz, die Arbeit mit Lückentexten und Multiple-Choice-Tests sowie die Flut an Kopien, die sich tagtäglich über die Schüler ergießt. Kraus betonte, dass es tendenziell einen Zusammenhang zwischen Lernleistung von Schülern und der Güte ihrer Handschrift gebe. „Wer gut und versiert schreibt, der prägt sich Geschriebenes besser und konzentrierter ein, er ist intensiver bei der Sache, er schreibt bewusster, setzt sich intensiver mit dem Inhalt und dem Gehalt des Geschriebenen auseinander“, erklärte Kraus.

Der Schreiblemotorikforscher Dr. Christian Marquardt, wissenschaftlicher Beirat des Schreiblemotorik Instituts, erläuterte mit Blick auf die eindeutigen Ergebnisse der Umfrage: „Wir sehen vermehrt Probleme bei den motorischen Grundkompetenzen der Kinder. Aber auch Probleme, wenn es später darum geht, schneller und flüssiger zu schreiben. Schreibenlernen ist in erster Linie Bewegungslernen, und hier brauchen viele Kinder mehr Unterstützung.“ Und er erläutert: „die Studien und wissenschaftlichen Erkenntnisse des Schreiblemotorik Instituts weisen darauf hin, dass Kinder durch gutes Motoriktraining schneller und besser schreiben. Daher plädieren wir aus wissenschaftlicher Sicht dafür, gemeinsam mit der Pädagogik neue Methoden für den Schreibunterricht in Schulen zu entwickeln – zum Vorteil für Kinder und Lehrkräfte.“

Wie gravierend sind die Probleme mit dem Handschreiben in der Schule? Und was lässt sich dagegen tun? Um diese Fragen zu klären, hatte der Deutsche Lehrerverband (DL) gemeinsam mit dem Schreiblemotorik Institut, Heroldsberg, die Umfrage gestartet. Sie wurde zwischen Dezember 2014 und März 2015 online durchgeführt. Dabei wurden Lehrkräften aus Grundschulen und aus weiterführenden Schulen getrennte Fragebögen vorgelegt.

An der Umfrage haben sich insgesamt mehr als 2.000 Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Deutschland beteiligt. Die Umfrage ist die erste ihrer Art in Deutschland; erstmals lassen sich damit qualifizierte Aussagen zur Entwicklung der Handschrift von Schülern treffen.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Das Problem der schlechten Schrift wird in der weiterführenden Schule sehr deutlich. Sind in der Grundschule noch 58 Prozent der befragten Lehrer mit der Entwicklung der Handschrift ihrer Schüler „sehr zufrieden“, „zufrieden“ oder nennen sie „befriedigend“, so sind dies in der weiterführenden Schule nur noch 22 Prozent.
- Und ein Großteil der Schülerinnen und Schüler leidet darunter: Mehr als die Hälfte der befragten Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen beobachten gerade mal bei höchstens 38 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler, dass diese 30 Minuten oder länger beschwerdefrei schreiben können.
- Es geht dabei auch um Bildungschancen: Nur die wenigsten befragten Lehrer (0,7 Prozent an weiterführenden Schulen, 1,4 Prozent an Grundschulen) sehen keinen Zusammenhang zwischen der Handschrift eines Schülers und seinen schulischen Leistungen.
- Die häufigsten genannten Ursachen aus Lehrersicht sind in der Grundschule: „Schlechte Feinmotorik“ (84 Prozent), „Zu wenig Übung zu Hause“ (61 Prozent) und „Fortschreitende Digitalisierung der Kommunikation“ (53 Prozent). In der weiterführenden Schule: „Wenig Interesse der Schüler an handschriftlichem Schreiben“ (69 Prozent), „Fortschreitende Digitalisierung der Kommunikation“ (69 Prozent) und „Zu wenig Übung zu Hause“ (65 Prozent). Dabei waren Mehrfachnennungen möglich.
- Die Schreibmotorik hat sich im Durchschnitt in den vergangenen Jahren verschlechtert, meinen schulformübergreifend 87 Prozent der befragten Lehrkräfte.
- Als Gegenmaßnahmen fordern jeweils drei Viertel (74 Prozent) der befragten Grundschullehrkräfte ein „Spezielles motorisches Schreibtraining“ sowie „Mehr Zeit zur Förderung im Unterricht“. An den weiterführenden Schulen sind dies 61 Prozent bzw. 67 Prozent.
- „Handschriften lernen ist wichtig“ oder sogar „sehr wichtig“ – dies meinen 98 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer.

Der Deutsche Lehrerverband (DL) ist die Dachorganisation von 160.000 Lehrern, die in Bundesverbänden organisiert sind. Diese sind: der Deutsche Philologenverband e. V., der Verband Deutscher Realschullehrer, der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. sowie der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e. V.

Das Schreibmotorik Institut e. V., Heroldsberg, ist eine bundesweit einzigartige Einrichtung. Es beschäftigt sich mit der Forschung auf den Gebieten der Schreibmotorik und der Schreibergonomie, vernetzt relevante Institutionen im Bereich des Handschreibens und versammelt Experten, die sich seit Jahren in Theorie und Praxis mit effizientem Schreiben beschäftigen. Es hat Lehrmaterialien für den Schreibunterricht entwickelt und bietet Seminare für Pädagogen an. Das Institut wird vom Schreibgeräte-Hersteller Stabilo unterstützt, ist aber unabhängig und gemeinnützig.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

26.03.2015

DL-Präsident Josef Kraus zum „Pakt für Digitale Bildung“

„Bedeutung der digitalen Bildung nicht überschätzen – Chancen und Risiken abwägen“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, äußerte sich zum Papier der Bundesregierung mit dem Titel „Pakt für Digitale Bildung“ wie folgt:

„Erstens: Medienbildung ist ein wichtiger Auftrag von Schule. Die Bundesregierung soll aber nicht so tun, als seien die Schulen hinter dem Mond. Ob die Medienerziehung in den Schulen auf dem neuesten Stand von Hard- und Software stattfinden kann, hängt allerdings davon ab, inwieweit die Schulträger ihre Schulen medial gut ausstatten. Hier gibt es regional erhebliche Unterschiede.

Zweitens: Man darf die Risiken, die eine überzogene Digitalisierung von Bildung anrichtet, nicht übersehen. Schule muss die jungen Leute von der Vorstellung abhalten, mit Hilfe moderner Medien könne man sich mühelos und punktuell die gerade gebrauchten Informationen einholen. Eine solche Vorstellung verführt die jungen Leute zu Flüchtigkeit, sie provoziert Häppchenbildung und leistet einem undifferenzierten Umgang mit Sprache Vorschub. Ein so genanntes Down-load- oder Just-in-time-Wissen bringt wenig. Bildung braucht Konzentration, Ausdauer, Geduld und Ganzheitlichkeit.

Drittens: Sinnvolle Medienbildung baut auf einer intensiven Förderung des Lesens auf. Dafür braucht man zunächst vor allem Printmedien. Denn wer sich in einem Buch, in einem Lexikon oder in einer Bibliothek nicht auskennt, der kommt auch mit dem Internet nicht zurecht. Das gilt vor allem für die Grundschule. Ein Informatikunterricht in der Grundschule ist viel zu früh. In den weiterführenden Schulen freilich sollte dieses Fach wenigstens für einzelne Jahrgangsstufen zum Pflichtfach werden.

Viertens: Zu einer modernen Medienbildung gehört es, dass junge Leute auf die gravierenden Gefahren des Missbrauchs neuer Medien – zum Beispiel die Preisgabe von persönlichen Daten, Verschuldung, Cyber-Mobbing – eingestimmt werden. Die Schulen allein können das nicht leisten. Dazu brauchen die Schulen die Unterstützung durch Profis, auch zum Zwecke der Elternbildung.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

25.03.2015

Lehrerverbands-Präsident Josef Kraus spricht dem Gymnasium in Haltern das Mitgefühl der deutschen Lehrerschaft aus

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, hat der Schulfamilie des Joseph-König-Gymnasiums in Haltern das Mitgefühl und die Anteilnahme der Lehrerschaft Deutschlands ausgesprochen.

Kraus wörtlich: „Unsere Lehrer, die jedes Jahr Tausende von internationalen Schüleraustauschen und Studienfahrten begleiten, können nachempfinden, was es bedeutet, wenn ein solcher Austausch so tragisch endet. Wir teilen den tiefen Schmerz der Schulfamilie in Haltern und wünschen ihr viel Kraft bei der vermutlich Jahre währenden Aufarbeitung dieses schweren Schicksalsschlages.“

r

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

13.03.2015

Lehrerverband betrachtet aktuelles Kopftuchurteil als problematisch

In einer ersten Stellungnahme hat sich der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus wie folgt geäußert:

„Nach den zurückliegenden Urteilen höchster Gerichte in dieser Streitfrage sind die Schulen über den aktuellen Karlsruher Richterspruch sehr überrascht, selbst wenn einzelnen deutschen Ländern abweichende gesetzliche Regelungen eingeräumt werden. Vor allem scheinen in diesem Urteil die Probleme in der Umsetzung vor Ort nicht berücksichtigt zu sein. Wir befürchten, dass durch dieses Urteil in den einzelnen Schulen der Schulfriede gestört werden kann, z.B. wenn Eltern nicht-muslimischen Glaubens nicht damit einverstanden sind, dass ihre Kinder von Lehrerinnen mit Kopftuch unterrichtet werden.

Außerdem ist zu befürchten, dass durch dieses Urteil das für alle Lehrkräfte und öffentlich Bedienstete geltende politische und weltanschauliche Neutralitätsgebot ausgehebelt werden könnte.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

04.03.2015

Deutscher Lehrerverband (DL):

"Riesenklatsche für Gesamtschule in Österreich"

Kraus: „Hoffentlich lernt man endlich auch in Deutschland daraus“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) sieht sich in seinen Warnungen vor der Einführung von Gesamt- und Gemeinschaftsschulen durch das jüngste Ergebnis einer österreichischen Evaluationsstudie voll bestätigt. In Österreich war die so genannte Neue Mittelschule (NMS) im Jahr 2008 auf Initiative der damaligen Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) als eine Art Gesamtschule etabliert worden, die die Hauptschule ablösen sollte. Im Jahr 2012 hatte die NMS den Status einer Regelschule erhalten, an Kosten für die Einführung der NMS waren bislang rund 300 Millionen Euro angefallen.

Der erste nun offiziell vorliegende Evaluierungsbericht über die NMS fällt vernichtend aus: Die Neue Mittelschule (NMS) liefert schlechtere Ergebnisse als die Hauptschule. Wörtlich heißt es in der Studie: "Insgesamt gibt es keine belastbaren Hinweise, dass das Niveau der NMS im Durchschnitt über jenem vergleichbarer Hauptschulen liegt. Vielmehr bestehen Zweifel, ob dieses Niveau an allen Standorten erreicht wird". Des Weiteren heißt es in dem Bericht, dass die NMS keine verbesserte Förderung leistungsschwacher Schüler zustande gebracht habe. Die Lernsituation der Leistungsschwächeren habe sich sogar verschlechtert. Die Frage, ob die Einführung der NMS zu mehr sozialer Chancengleichheit führe, wird von den Studienautoren verneint.

DL-Präsident Josef Kraus fordert alle Bildungspolitiker in Deutschland auf, dieses auch auf Deutschland übertragbare Ergebnis nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern endlich daraus zu lernen. Kraus wörtlich: „Es wird höchste Zeit, dass die Befürworter von einheitlichen Schulformen die Realitäten wahrnehmen und sich von ihrer Ideologie der Gleichmacherei durch Einheitsschulen verabschieden. Einheitsschule, egal wie sie heißt, hat Jahre durchschlagender Erfolglosigkeit hinter sich. Deshalb ist es schier Realsatire, wenn noch vor wenigen Tagen auf der Homepage des österreichischen Unterrichtsministeriums zu lesen war, dass man mit der NMS unterwegs zum internationalen Spitzenfeld in Sachen Schulbildung sei. Realsatire ist es aber auch, wenn Länder wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen neue Formen von Einheitsschule etablieren wollen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

11.12.2014

Lehrerverband zum neuen Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung:

„Das ist Alarmismus auf der Basis unzureichender Datensätze“

Der Deutsche Lehrerverband hat die jüngste Bildungsstudie der Bertelsmann Stiftung kritisiert.

Wörtlich sagte Verbandspräsident Josef Kraus dazu:

„Was die Bertelsmann Stiftung hier publiziert, ist teilweise nicht seriös. Zum Beispiel wärmt diese Studie zu erheblichen Teilen Daten auf, die längst diskutiert wurden. Außerdem erfasst die Bertelsmann-Studie bei der Analyse der sozialen Hintergründe von Schülern nicht, dass sich das deutsche Bildungswesen durch eine ausgesprochene vertikale Durchlässigkeit auszeichnet. Auf jeden Abschluss gibt es einen Anschluss. Die Studie dagegen legt Schulleistungssystemen zugrunde, in denen sich die ausgeprägte vertikale Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems z.B. über die zweiten Bildungswege nicht abbildet. Die tatsächlichen Bildungsbiographien erheblicher Schüleranteile kommen somit nicht zum Tragen. Rund die Hälfte aller Studierberechtigten hat kein Gymnasium besucht, sondern den Weg zur Studierberechtigung auf anderen Wegen erworben. Unter diesen jungen Leuten sind Kinder aus nicht akademischen Haushalten sogar stark vertreten.“

Man kann der Bertelsmann Stiftung den Vorwurf nicht ersparen, dass sie die Karte der Bildungsgerechtigkeit spielt, im Endeffekt mit ihrem Alarmismus aber Bildungswege außerhalb des Gymnasiums und den ganzen Bereich anspruchsvoller beruflicher Bildung implizit als minderwertig diskreditiert.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

10. Dezember 2014

Lehrerverband zum Burnout-Gutachten des „Aktionsrats Bildung“:

„Lehrer nicht noch mehr zur Selbstaussbeutung drängen!“

- „Was manche deutsche Länder mit Lehrern treiben, ist Zynismus.“
- „Schulen sind durch permanente Reformitis sowie durch stets neue Aufgaben maßlos überfordert.“

Auf der Podiumsdiskussion anlässlich der Vorstellung des Gutachtens „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“ nahm Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), wie folgt Stellung:

„Erstens: Das Manko des vorliegenden Gutachtens ist seine verengte Sichtweise. Stress im Beruf hat aber immer zwei Seiten. Im vorliegenden Gutachten geht es ausschließlich um die subjektive Seite von Stress, vor allem um die Frage, wie man speziell in Erziehungs- und Bildungsberufen mit Belastungen fertig wird. Hierzu enthält das Gutachten interessante Ansätze. Was aber fehlt, ist die Analyse der objektiven Belastung der Berufe in Kindergarten, Schule, Berufsbildung und Hochschule.

Zweitens: Maßgebliche Stressoren in diesen Berufen sind die chronische Reformitis, die Teile der Bildungsforschung und der Bildungspolitik geradezu pflegen; ferner die permanente Überforderung etwa der Schulen mit neuen Aufgaben, denen sie mangels geeigneten Personals nicht gewachsen sein können. Hier sind aktuell vor allem die gewaltigen Herausforderungen der Schulen durch Inklusion und durch die Beschulung mehrerer zehntausend Kinder von Flüchtlingen zu sehen.

Drittens: Ein besonderer Stressor ist, dass viele Lehrerinnen und Lehrer keine Chance mehr haben, zwischen Beruf und Privatleben zu trennen. Die umfangreichen Vorbereitungs- und Korrekturarbeiten, die zwangsläufig zu Hause erledigt werden müssen, machen ein ausgeglichenes Privatleben kaum noch möglich.

Viertens: Erzieher und Lehrer resistenter gegen Stress machen zu wollen ist in Ordnung. Solche Maßnahmen dürfen aber nicht darauf hinaus laufen, Erzieher und Lehrer noch mehr zur Selbstaussbeutung zu drängen. Beispiele wie in Niedersachsen darf es nicht geben: Dort wird einem großen Teil der Lehrerschaft eine Arbeitszeitverlängerung aufs Auge gedrückt; zugleich sollen pädagogische Kompetenzzentren von Universitäten für Lehrer Seminare anbieten mit Titeln wie ‚Entspannte Präsenz im Schulalltag‘. Das ist Zynismus pur.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

Berlin, 26.11.2014

DL-Präsident Kraus übt scharfe Kritik an Niedersachsens Schulpolitik

Hier wird an der Aushöhlung des Gymnasiums und an der Abschaffung des differenzierten Schulwesens gearbeitet“

„Das neue Schulgesetz ist ein Chancenvernichtungs- und ein Einebnungsgesetz“

Bei seiner Festrede anlässlich der Jahrestagung des Philologenverbandes Niedersachsens (PhVN) hat Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), heute in Goslar scharfe Kritik an der rot-grünen Schulpolitik geübt.

Der DL-Präsident wirft der Landesregierung in Hannover eine ideologiegeleitete Politik der „Trojanischen Pferde“ vor. Kraus wörtlich: „Niedersachsen tut genau das, was man tut, wenn man trickreich eine Schulform kaputt machen will: Dazu gehören unter anderem die Abschaffung einer eigenständigen Gymnasiallehrerbildung, der Verzicht auf jede Laufbahneempfehlung am Ende der Grundschule, die Abschaffung des Sitzenbleibens, der curriculare Nihilismus kompetenzorientierter Lehrpläne sowie die totale Frustration der Lehrerschaft der Gymnasien durch eine dramatische Verlängerung der Arbeitszeiten.“

Kraus betrachtet diese Art von Schulpolitik als ein „Recycling eines Gebräus aus Marxismus, Behaviorismus und Egalitarismus.“ Deshalb, so Kraus, sei das geplante neue niedersächsische Schulgesetz im Gegensatz zu den regierungsamtlichen Beteuerungen auch kein Bildungschancengesetz, sondern ein „Chancenvernichtungs- und Einebnungsgesetz“.

Ein widersprüchliches Verhalten wirft Kraus der Niedersachsenregierung im Umgang mit dem von ihr hochgehaltenen Prinzip der Chancengleichheit vor. Schließlich verschaffe die Regierung in Hannover etwa der Gemeinschaftsschule einen erheblichen Akzeptanzvorteil, indem sie diese Schulform besserstelle.

Kraus forderte die Delegierten des Philologenverbandes auf, notfalls eine bürgerliche Revolte zu inszenieren, um das geplante Schulgesetz zu Fall zu bringen. Zugleich betonte er, dass das Gymnasium noch selbstbewusster auftreten müsse, denn es gebe keine zweite Schulform der Welt, die in Tests so erfolgreich abschneide wie das Gymnasium; es gebe auch keine zweite Schulform, die fachlich und kulturell so breit aufgestellt sei wie das Gymnasium.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

07.11.2014

Wie gravierend sind die Probleme mit der Handschrift?

Lehrerverband startet eine bundesweite Umfrage.

Das Problem, dass die Handschrift im Alltag zurückgedrängt wird, hat offenbar auch die Schulen erreicht. Der Deutsche Lehrerverband (DL) stellt fest, dass sich Klagen aus der Lehrerschaft über Probleme mit der Handschrift von Schülern häufen. „Der Anteil der schreibschwachen Kinder und Jugendlichen dürfte zwischen 20 und 50 Prozent liegen“, schätzt DL-Präsident Josef Kraus. Er und sein Verband wollen jetzt genauer wissen: Wie gravierend sind die Probleme mit dem Handschreiben tatsächlich? Und was lässt sich dagegen tun? Der Deutsche Lehrerverband hat deshalb nun eine bundesweite Umfrage unter Lehrern gestartet, die Antworten auf diese Fragen liefern soll.

Kraus dazu: „Wir möchten auf die Probleme mit der Handschrift öffentlich aufmerksam machen. Dazu benötigen wir zunächst einmal eine Bestandsaufnahme. Dann wollen wir der Politik geeignete Maßnahmen vorschlagen. Ohne den Ergebnissen vorgreifen zu wollen, so ist doch deutlich: Wir benötigen mehr Förderung der Grob- und Feinmotorik schon in den Kindertagesstätten und dann in den Grundschulen.“ Kraus betont, dass es tendenziell einen Zusammenhang zwischen Lernleistung von Schülern und der Güte ihrer Handschrift gebe. „Wer gut und versiert schreibt, der prägt sich Geschriebenes besser und konzentrierter ein, er ist intensiver bei der Sache, er schreibt bewusster, setzt sich intensiver mit dem Inhalt und dem Gehalt des Geschriebenen auseinander.“

Josef Kraus bittet die Kolleginnen und Kollegen um rege Teilnahme an der Umfrage, die ab sofort online unter der Adresse www.4teachers.de erreichbar ist. Getrennte Fragebögen für Grundschullehrkräfte und Lehrer weiterführender Schulen sollen die unterschiedlichen Perspektiven erfassen. Der Deutsche Lehrerverband kooperiert bei der Umfrage mit dem Schreibmotorik Institut e.V., Heroldsberg, das auf diesem Gebiet forscht und arbeitet.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

11.06.2014

Deutscher Lehrerverband zum Hochschul-Bildungsreport 2020 des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft

Deutschland braucht die besten Abiturienten für den Lehrerberuf

- **Lehrerberuf muss in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und in seinen Rahmenbedingungen attraktiver werden**
- **Nachwuchsprobleme auch bei Schulleiterstellen**

In der Beurteilung des Bereiches Lehrerbildung im Hochschul-Bildungsreport 2020 des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft hat dieses Handlungsfeld im zweiten Jahr in Folge eine negative Entwicklung hinsichtlich der für 2020 angestrebten Ziele genommen. Dazu äußerte sich Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, und betonte: „Die Politik und die Gesellschaft müssen endlich aufwachen und sich darum bemühen, dass die Tätigkeit als Lehrkraft wieder als attraktiver Beruf wahrgenommen wird!“

Kraus führte aus: „Ich sehe vier hauptsächliche Problembereiche, die zu einem Mangel an Lehrkräften führen:

1. Der Lehrerberuf gilt zunehmend als Frauenberuf, insbesondere im Grundschulbereich, deshalb müssten verstärkt wieder männliche Studierende für das Lehramt gewonnen werden.
2. Besonders in den Mangelfächern im MINT-Bereich wandern qualifizierte Leute, die vielleicht sogar auf Lehramt studiert haben, in Berufsbereiche mit besseren Bedingungen in die Wirtschaft ab.
3. In den Bildungssystemen vieler Länder in Deutschland fehlt es an Leistungsanreizen wie Beförderungsmöglichkeiten und Leistungsprämien, die Berufstätigen eine attraktive Entwicklung ihrer Karriere bieten.
4. Gesellschaft und Politik müssen sich fragen lassen, ob die Misere nicht auch durch die verbreiteten Diskurse über Lehrer als angebliche Halbtagsjobber und Faulenzer entstanden ist, die dem Ansehen der Lehrkräfte in der Öffentlichkeit geschadet haben. So gewinnt man nicht die besten und engagiertesten Abiturienten für den Lehrerberuf! Außerdem wurde das Lehramt zunehmend mit sozialpädagogischen Inhalten überfrachtet, indem Schule immer mehr zur gesellschaftlichen Reparaturanstalt umgewidmet wurde.“

Dass eine Änderung des gesellschaftlichen Ansehens der Lehrkräfte zu zahlreichen und hochqualifizierten Bewerbern führen könne, bewiesen die Gegebenheiten in verschiedenen europäischen Ländern, in denen die Anzahl der Bewerber für ein Lehramtsstudium regelmäßig die Anzahl der möglichen Studienplätze übersteige.

Kraus wies auf ein weiteres, verwandtes Problem hin, das von der Politik ebenfalls größtenteils ignoriert werde: „Zunehmend fehlt es an Bewerbern für Schulleiterstellen. Mögliche Kandidaten sind oft nicht mehr bereit, den Mangel an Personal und Sachmitteln an den Schulen zu verwalten und die ohne Rücksprache mit den Betroffenen geplanten sogenannten Bildungsreformen umsetzen zu müssen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

Pressemitteilung

26.06.2014

Für bessere MINT-Bildung und bessere MINT-Lehreraus- und -weiterbildung

Lehrer Forum MINT übergibt Forderungspapier an die KMK Präsidentin Sylvia Löhrmann

Deutschland steckt seit einigen Jahren in einer MINT-Fachkräftekrise im akademischen und jetzt auch übergreifend im Bereich der dual-ausgebildeten Berufe.

In einer technisch-naturwissenschaftlich geprägten Welt wird man dieses Problem und auch die Thematik der Technologie-Aufgeschlossenheit nicht ohne die aktive Mitwirkung der MINT-Lehrer lösen können.

Ohne die engagierten MINT-Lehrkräfte wird es nicht laufen!

- Es gibt zu wenig MINT-Lehrkräfte, Berufsschulen müssen schließen, „Aushilfskräfte“ werden eingesetzt.
- Es gibt zu wenig MINT-Unterricht, der geringe Stellenwert der MINT-Fächer zeigt sich in den Stundentafeln, Stiefkind gar in einer Umwelt, die sich Industrie 4.0 und Digitalisierung auf die Fahnen schreibt.
- Die Ausstattungen in den Schullaboren sind zu oft veraltet.
- Die MINT-Lehreraus- und -weiterbildung ist unzureichend.

Der KMK-Präsidentin Sylvia Löhrmann wurde ein 10 Thesen-Papier übergeben, um diese Defizite zu beheben.

Das Thesenpapier ist als Anlage beigefügt.

Ansprechpartnerin:
Dr. Kathrin Urban
Presseverantwortlich
Lehrer Forum MINT
Kontakt: 030/ 40 81 66 50

Thesenpapier – Lehrer Forum MINT

1. MINT-Bildung

ist der Kern der technologischen Innovationskraft in Deutschland, Voraussetzung für das Erfolgsmodell Deutschland und unseren Wohlstand und unverzichtbarer Bestandteil des Bildungskanons. Gute MINT Bildung ist die nachhaltigste Zukunftsinvestition, und sie ist die Aufgabe allen gesellschaftlichen Handelns. Insgesamt braucht MINT – Bildung eine höhere gesellschaftliche Anerkennung. Der Stellenwert von Bildung im Bereich MINT für die künftige Entwicklung der gesamten Gesellschaft ist noch nicht genügend in konkreten Maßnahmen und mittelfristigen Perspektiven verortet. In der öffentlichen Wahrnehmung und in den Darstellungen der Medien ist eine Wertschätzung für diese Bereiche noch zu wenig sichtbar.

Forderung

Entwicklung einer länderübergreifenden Strategie und MINT-Kampagne zur besseren Sichtbarkeit und Wertschätzung der MINT- Berufe „Gib MINT eine Chance“.

2. MINT-Bildung

ist Grundlage für die Mündigkeit und führt zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Umwelt, Ressourcen, Innovationen und neuen Technologien. Sie ist die Basis für ein positives Innovationsklima in unserm Land.

Forderung:

Klare Verankerung von MINT-Fächern in den Bildungsplänen. Erstellung einer regelmäßigen, bundesweit vergleichenden Übersicht durch die Bildungsministerien.

3. MINT-Bildung

sichert die gesellschaftliche Teilhabe und schafft Aufstiegschancen für alle gesellschaftlichen Gruppen. MINT ist daher auch ein Weg zu mehr Chancengerechtigkeit, sozialer Mobilität und zu guten Aufstiegsmöglichkeiten für alle Jugendlichen, unabhängig vom sozialen und ethnischen Hintergrund und Geschlecht.

Forderung:

Bildung eines sich jährlich treffenden Arbeitskreises mit den entsprechenden Gruppen.

4. MINT-Bildung

beinhaltet die frühzeitige und kontinuierliche Talentförderung begabter junger Menschen, damit sie - ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend – vielfältige

berufliche Perspektiven erkennen und entfalten können. Die Rahmenbedingungen an Schulen richten den Focus häufiger auf die Sicherung des planmäßigen Abschlusses für alle Schüler. Es bestehen zu wenige Freiräume, die zur Unterstützung von begabten Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. Es sind mehr Angebote zur individuellen Talentförderung (z.B. durch AGs und Projektgruppen) oder durch Unterstützung der Teilnahme an Wettbewerben und der Wettbewerbe selbst erforderlich.

Forderung:

Geeignete Aktivitäten der Lehrkräfte zur Förderung von Begabten in den MINT-Fächern müssen im Rahmen des Lehrdeputats berücksichtigt werden. Die Bereitschaft der Lehrkräfte ist vorhanden, ebenso die der Schüler(innen). Die demografische Rendite bietet die Chance, hier Freiräume zu schaffen. Im OECD „Ländervergleich“ sind die Lehrdeputate in Deutschland besonders hoch.

5. MINT-Bildung

erfordert eine intensive Kooperation zwischen differenzierten Schularten im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich und den Hochschulen, Durchlässigkeit der Bildungssysteme und Übergänge. Die Kooperationen zwischen Schule und Hochschule, zwischen Beruflicher- und Akademischer Bildung müssen weiter gestärkt werden. Die Durchlässigkeit der Bildungssysteme muss durch Optimierung der Übergänge verbessert werden. Große Defizite bestehen bei der Information von Schülern und Eltern über neue Karrierewege.

Forderung:

Bessere Informationsmöglichkeiten für Schüler(innen) und Eltern über die „Karrierewege“ durch alle Schulformen müssen geschaffen werden.

6. Individuelle Förderung im MINT-Bereich

gelingt nur durch eine weitere Ausgestaltung der Übergänge und Anschlussmöglichkeiten im Bildungswesen unter Beibehaltung der qualitativ hochwertigen Abschlüsse. Eine Unterstützung durch die Wirtschaft ist hier dringender denn je erforderlich. Sie hat z. B. die Veränderungen im Rahmen der Initiativen zu „Schulen ans Netz“ deutlich voran gebracht. Nach fast 20 Jahren ist ein ähnlicher An Schub nötig, um den internationalen Anschluss nicht zu verlieren und die Kompetenzen im Vorfeld von Beruf und Studium auch passend herausbilden zu können.

Forderung:

Entwicklung eines Katalogs von Möglichkeiten der Förderung von MINT Aktivitäten, die für die Wirtschaft attraktiv sind und von der Verwaltung einfach umgesetzt werden können. Notwendig hierfür sind regelmäßige Gesprächskreise. Die politischen Rahmenbedingungen für diese Kooperationen sind zu klären und zu verbessern. Ein Code of Conduct könnte hier sehr hilfreich sein.

7. Der Unterricht in den MINT-Fächern

muss qualitativ und quantitativ auf einem hohen Niveau angeboten werden. Wissenschaftlichkeit, Fachlichkeit und Praxisbezug müssen innerhalb der entsprechenden Bildungsgänge in einem adäquaten Verhältnis stehen. Unterricht in den Fächern Chemie, Biologie und Physik in angemessener Pflicht-Stundenzahl und von qualifizierten Lehrkräften ist erforderlich. „MINT“ ist kein Schulfach. Es geht um die einzelnen, darunter zusammengefassten Fächer/Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Biologie, Chemie, Physik und Technik.

Forderung:

Der MINT-Unterricht ist in drei Fächern und allen Bundesländern bis zum Abitur zu führen. Die Bedeutung der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Studienanteile in der MINT-Lehrerbildung mit dem Ziel, eine weitere Verringerung dieser Anteile zu Gunsten der allgemeinpädagogischen Inhalte zu verhindern, ist herauszuheben. Im Rahmen einer Qualitätsoffensive sind Regelmäßige Gesprächskreise mit den entsprechenden Gremien (z. B. ISB) und der HRK erforderlich.

8. Die materielle insbesondere technische Ausstattung

der Schulen und Hochschulen muss mit der rasanten Dynamik der Entwicklung in den MINT-Fächern Schritt halten. Dies ist unbedingt zur Entwicklung neuer Curricula und „curricularer Innovationen mit zukunftssträchtigen Inhalten“ erforderlich. Eine Förderung des Experimentalunterrichts kann hier außerordentlich befruchtend wirken. Eine wichtige Forderung ist dabei, die bürokratischen Einschränkungen durch überzogene Sicherheitsanforderungen zurückzunehmen und auf ein vernünftiges Maß reduzieren (Schüler und Lehrer dürfen nicht wie Arbeitnehmer in der chemischen Industrie und Forschung eingestuft werden). Eine Anpassung der Ausstattung an den technologischen aktuellen Stand ist dringend notwendig. MINT – Unterricht verlangt nach stabilen Ressourcen in allen beteiligten Fächern.

Im Zeitalter der Digitalisierung von Schulen wandelt sich der Unterricht in den MINT-Fächern und erfordert den Einsatz moderner Medien. Gerade zur Motivation für diese Berufe sind moderne Technologien bereits im experimentellen Umfeld in den Schulen erforderlich. Der unter dem Stichwort Industrie 4.0 sich vollziehende grundlegende technologische Wandel erfordert auch ein Umdenken in der Bereitstellung und Wartung des technischen Umfeldes von Schulen.

Forderung:

Es müssen Vereinbarungen von Ländern und kommunalen Trägern zu den Rahmenbedingungen für Ausstattung und Wartung der technischen Ressourcen an Schulen getroffen werden. Die Städte- und Kreistage sind deshalb in die Diskussion mit einzubeziehen. Es muss ein Gemeinsames Finanzkonzept von Ministerien (&KMK) und Kommunen erstellt werden.

9. Die Anerkennung des Lehrberufs und die Förderung des Lehrernachwuchses

muss auf dem Hintergrund der dramatischen MINT-Fachkräftelücke erheblich verbessert werden. Die Gewinnung von Lehrkräftenachwuchs, vor allem in den MINT – Fächern, muss zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden. Für hervorragend

ausgebildete Lehrkräfte müssen auch im Hinblick auf demografische Veränderungen Einstellungskorridore geschaffen werden. Eine Verbesserung der Anerkennung des Lehrberufs und die Förderung des Lehrkräftenachwuchses sind dringend erforderlich.

Der Aufbau von flächendeckenden, verbindlich zu absolvierenden Informations- und Beratungsangeboten („Ausbildungspass“) könnte hier hilfreich sein.

Ein wichtiges Thema ist die Lehrerfort- und-weiterbildung. Es ist erforderlich, dass Lehrkräfte entsprechend unterstützt werden von Schule, Bundesland und Bund, was z.B. die Freistellung oder die Kosten betrifft. Die Dynamik der MINT-Fächer macht eine Fortbildung der Lehrkräfte unverzichtbar. Zum Beispiel die Chemielehrerfortbildungszentren bekommen immer weniger Teilnehmer. Eine Ursache dafür liegt sicher in der sehr rigiden Freistellungspraxis fast aller Bundesländer. Hier muss auf die langfristigen Folgen mangelnder Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften hingewiesen werden. Die Anbieter von Lehrerfortbildungen wie Didaktik-Arbeitskreise benötigen finanzielle und personelle Unterstützung. Sie sind auch auf die Kooperation der Kultusministerien und weiteren bildungspolitischen Institutionen angewiesen.

In den nächsten Jahren entsteht bundesweit ein großer Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern für die Fächer im MINT-Bereich. Die Studienabbruchquote ist wegen der nicht immer scholorientierten Fachausbildung und dem schlechter gewordenen Betreuungsschlüssel in den Anfangssemestern in den MINT-Fächern höher als in anderen Bereichen, die Abschlussnoten teilweise schlechter. Da teilweise bereits der planmäßige Unterricht gefährdet ist, können auch Fort- und Weiterbildungen kaum wahrgenommen werden.

Forderung:

Erarbeitung von Empfehlungen zur Sicherung des Nachwuchses an Lehrpersonen in den MINT- Fächern und von Richtlinien für die Fort- und Weiterbildung. Pro Fach sollte bundesweit mindestens ein Tag für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend eingeführt werden. Es müssen Freiräume geschaffen werden und mehr Vertrauen in die Lehrkräfte gesetzt werden.

10. Wir fordern daher

die Schaffung eines permanenten, bundesweiten bildungspolitischen Dialogkreises mit den unterzeichnenden Lehrerverbänden und politisch Verantwortlichen des Bundes und der Länder zum Thema MINT-Bildung in den Schulen. Das Lehrer-Forum MINT muss in die politischen Entscheidungen mit einbezogen werden. MINT-Lehrerbedarfsprognose / Steuerung des Lehrerbedarfs und Information potenzieller Studienanfänger, mit dem Ziel, die ruinösen Zyklen von Lehrermangel und Lehrerschwemme zu vermeiden, sind regelmäßig zu erstellen.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

16.05.2014

Wahlappell des Lehrerverbandes zur Europawahl am 25. Mai

„Europa als Werte-, Freiheits- und Friedensgemeinschaft“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat vor allem Jungwähler und deren Eltern aufgefordert, vom Wahlrecht als demokratischem Grundrecht Gebrauch zu machen und sich am 25. Mai aktiv an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen.

Wörtlich heißt es im Wahlappell des Lehrerverbandes:

„Bei den Wahlen am 25. Mai geht es nicht nur um die Europäische Gemeinschaft als Institution, sondern um Europa als Werte-, Freiheits- und Friedensgemeinschaft. Selbst angesichts so mancher Verärgerung über die Politik der Euro-Rettung oder über den Brüsseler Dirigismus darf nicht vergessen werden, dass Europa als Wertekosmos sich nicht in erster Linie aus ökonomischen Überlegungen ableiten lässt, sondern über die Vielfalt nationaler Ausprägungen hinaus als Idee einigend wirken muss.

Es gilt, sich auf diesen Wertekosmos zu besinnen; er hat Europa 2500 Jahre lang und große Teile der Welt seit Jahrhunderten geprägt. Seine Säulen sind die Antike, das Judentum und das Christentum – geographisch verortet Athen, Jerusalem und Rom. Ohne diese Wurzeln sind das aufgeklärte Menschenbild, die Bürger- und Menschenrechte sowie die Prinzipien Subsidiarität und Solidarität nicht denkbar.

Mit der Stimmabgabe sollte dies auch der Politik ins Stammbuch geschrieben werden.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

2. Juni 2014

Lehrerverband alarmiert von Porno-Links bei „Wikipedia“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) ist alarmiert von den Ergebnissen einer Recherche der Bildungsplattform „News4teachers“. Danach finden sich bei der von Schülern millionenfach genutzten Internet-Enzyklopädie Wikipedia zahlreiche Links, die direkt zu pornographischen Fotos und Filmen führen.

DL-Präsident Josef Kraus warnt deshalb Lehrer und Eltern: „Es wird höchste Zeit, dass Wikipedia als Ausweis vermeintlicher Schwarm-Intelligenz entzaubert wird. Zumal nach der Aufdeckung von Verbindungen von Wikipedia und pornographischen Darstellungen müssen Lehrer und Eltern noch intensiver als bislang klarmachen, dass Wikipedia als Quelle für Schülerarbeiten völlig unzulänglich ist und sich damit keineswegs gute Zensuren machen lassen.“

Kraus empfahl Eltern eindringlich, regelmäßig hinzuschauen, was ihre Kinder im Netz recherchieren. Darüber hinaus erhob er drei Forderungen: „Wikipedia muss entsprechende pornographische Inhalte schleunigst entfernen; die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien muss sich mit der Angelegenheit befassen; die Schulminister müssen mit ihren dienstlichen und publizistischen Organen Lehrer und Eltern umgehend auf die Problematik aufmerksam machen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

08.04.2013

Deutscher Lehrerverband zum Gutachten „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“

„Auch das beste Gesundheitsmanagement führt ohne verlässliche Rahmenbedingungen zur Selbstausbeutung!“

Das Gutachten „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“ des Aktionsrats Bildung wurde anlässlich der Veranstaltung „Deutschland hat Zukunft“ im Haus der Bayerischen Wirtschaft am 08. April 2014 in München vorgestellt. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, begrüßte die Forschungsarbeit, die sich mit der Arbeitsbelastung und der Überlastungsgefahr im Lehrerberuf auseinandersetzt. Die Studienautoren sehen die Lösung hauptsächlich in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, denen nur die richtigen Instrumente in die Hand gegeben werden müssten, um Burnout zu vermeiden.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion anlässlich der Vorstellung des Gutachtens wies der Lehrerverbands-Präsident aber darauf hin, dass die Etablierung eines Systems zum Gesundheitsmanagement an den Schulen, um den Lehrkräften Zeitmanagement und mehr Strategien für Stressresistenz beizubringen, nicht ausreiche. Wenn an den belastenden Arbeitsumständen im Grunde nichts geändert werde, komme ein solches Gesundheitsmanagement fast schon einer Aufforderung zur kontinuierlichen Selbstausbeutung gleich, betonte Kraus.

Er vermisse bei den Vorschlägen der Studienautoren Forderungen an die Politik und die Bildungsadministration, das schulische Bildungssystem angemessen mit Personal und mit finanziellen Mitteln auszustatten. Der DL-Präsident führte weiter aus: „Eine Lehrerausstattung von 110 % an den Schulen könnte dafür sorgen, dass bereits überarbeitete Kollegen nicht noch zusätzliche Stunden für erkrankte Kollegen übernehmen müssen. Erkrankte Lehrkräfte würden nicht noch durch ein schlechtes Gewissen belastet, dass sie ihren Kollegen übermäßigen Stress verursachen, verschleppte Krankheitsverläufe durch zu frühe Arbeitsaufnahme könnten verhindert werden. Persönliche Probleme von Schülern und belastende Situationen durch Erziehungskonflikte oder Verhaltensstörungen könnten durch eine angemessene Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeitern, Sonderpädagogen und Schulpsychologen aufgefangen werden – die Vorstellung, dass Lehrkräfte mit dem richtigen Zeitmanagement diese Aufgaben, für die diese Fachleute jahrelang studieren, einfach nebenbei erledigen können, scheint mir zu kurz gegriffen.“

In der Studie werde ausführlich auf die Lehrkräfte geschaut – wie sie sich bewusster für ihren Beruf entscheiden müssten, welche Persönlichkeitseigenschaften sie mitbringen und kultivieren sollten: „Doch auch die geeignetsten, begabtesten, motiviertesten Pädagogen stoßen an ihre Grenzen, wenn die Rahmenbedingungen an den Schulen krank machen. Neben der Personalausstattung und der Finanzierung bedeutete insbesondere der Reformmarathon der vergangenen Jahre in den deutschen Schulsystemen eine große Belastung, die viel Organisation und zusätzliche Arbeit bedeutete – für die Lehrkräfte wäre viel gewonnen, wenn sie sich in Zukunft auf verlässliche Rahmenbedingungen verlassen könnten.“ In zukünftigen Forschungsarbeiten müsse daher ein größeres Augenmerk auf die salutogenen, gesundheitsunterstützenden Faktoren in den schulischen Rahmenbedingungen gelegt werden.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen:
0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

11.03.2014

„BIBB-Prognose zu Lehrerüberhang irreführend und verantwortungslos“

Als völlig irreführend hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, den vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das Jahr 2030 prognostizierten Lehrerüberhang von 300.000 Personen kritisiert. Besonders missfalle, so Kraus, dass das BIBB hier undifferenzierte Prognosen für insgesamt zwölf Berufsfelder vornehme und dabei pauschal den sehr weit gefassten Begriff „Lehrende Berufe“ verwende.

Im Einzelnen sagte Kraus:

„Welche Berufsgruppen in das Berufsfeld lehrender Berufe fallen, wird vom BIBB nicht ausgeführt. Es kann sich hier beispielsweise auch um Universitätsdozenten oder Lehrende in der betrieblichen Weiterbildung handeln. All das bleibt unklar. Selbst wenn es sich nur um Lehrkräfte mit zwei Staatsexamina handle: Das BIBB differenziert weder nach Schulformen noch nach Fächerwahl, sondern es setzt nur eine spektakuläre Zahl in die Landschaft.

Insbesondere Abiturienten, die sich für den Beruf als Lehrer an einer der verschiedenen Schulformen entscheiden könnten, werden von den BIBB-Zahlen abgeschreckt. Dabei gibt es wohl auch in Zukunft einen ausgeprägten Lehrermangel vor allem im sogenannten MINT-Bereich der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Fächern, teilweise auch in musischen Fächern oder im Sport.

Die Meldung von einem so großen Überhang an Lehrern undifferenziert in die Öffentlichkeit zu lassen, ist verantwortungslos. Selbst wenn man rückläufige Schülerzahlen in Rechnung stellt, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass weniger Lehrer gebraucht würden. Immerhin hat die Politik zugesagt, dass die sogenannte demographische Rendite im Schulsystem bleiben soll, um pädagogische Verbesserungen umsetzen zu können, zum Beispiel eine integrierte Lehrerreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall oder die Etablierung von individuellen Fördermaßnahmen für schwächere und sehr leistungsstarke Schüler.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen:
0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

02.12.2013

Deutscher Lehrerverband:

„Stoppt PISA und Co., gebt die eingesparten Millionen an soziale Brennpunktschulen!“ - „OECD-Studien verengen das Bildungsverständnis“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, hat den aktuellen PISA-Test bereits im Vorfeld als „ziemlich nichtssagend“ bezeichnet und die deutschen Länder aufgefordert, die „Inflation an fragwürdigen OECD-Tests“ zu stoppen. Die Millionengelder, die dadurch eingespart würden, seien als Personal- und Sachzuwendungen für soziale Brennpunktschulen viel besser angelegt, so Kraus.

Wörtlich sagte der Lehrerverbandschef:

„In typisch deutscher Manier wurden PISA und Co. über zwölf Jahre hinweg zum Selbstzweck und zur Beschäftigungsmaßnahme für Testempiriker. Das Verständnis von Bildung in Deutschland hat darunter gelitten. Es scheint bis hinauf in die hohe Politik und große Teile der Bildungsforschung nur noch um Rangplätze und Quoten zu gehen. Dabei erfasst PISA nur einen minimalen Ausschnitt aus dem schulischen Lerngeschehen. Was umfassende Bildung ausmacht, kommt bei PISA nicht vor: sprachliches Ausdrucksvermögen, literarisches Wissen, historisches, geographisches, politisches und wirtschaftliches Wissen, religiöse und ethische Grundbildung, ästhetische Grundbildung. Mit dieser Verengung muss Schluss ein. PISA und Co. dürfen nicht noch mehr normative Wirkung auf das Bildungswesen ausüben.“

Kraus stellte zudem die Repräsentativität der Ergebnisse von OECD-Studien in Frage. Beispielsweise könne es nicht sein, dass ein und dieselben Länder binnen weniger Jahre auf OECD-Rankings gewaltige Sprünge nach oben oder unten machten.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen:
0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

09.10.2013

Lehrerverbandschef: „Die OECD-Studien sind zum Problem geworden, als dessen Lösung sie sich ausgeben“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) Kraus hat die jüngste Bildungsstudie der OECD als überflüssig und trivial kritisiert. Wörtlich sagte Verbandspräsident Josef Kraus dazu:

„Das Beste an der jüngsten OECD-Studie mit dem Namen PIAAC ist, dass sie nicht mehr ernst genommen wird. Die OECD betreibt nämlich in inflationärer Weise einen Fetischismus an Studien, die vermeintlich mit Bildung zu tun haben. Besser wäre es, die OECD-Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, würden der OECD die Mittel kürzen und die entsprechenden Gelder Brennpunktschulen zur Verfügung stellen.“

Die OECD, die sich als Wirtschaftsorganisation versteht, hat offenbar drei Probleme mit sich selbst und mit ihrem Verständnis von Bildung: Erstens reduziert sie Bildung auf Qualifikationen, die im kapitalistischen System verwertbar sind. Mit Allgemeinbildung mündiger Persönlichkeiten hat das wenig zu tun. Damit wird die OECD zweitens mehr und mehr zum Problem, als dessen Lösung sie sich ausgibt. Drittens hat die OECD immer noch nicht kapiert, dass Deutschland – trotz nur angeblich mittlerer OECD-Testwerte – im internationalen Vergleich sehr gute wirtschaftliche Daten auszuweisen hat, zum Beispiel mit niedriger Arbeitslosigkeit im Erwachsenen- und im Jugendbereich.

Man kann nur hoffen, dass sich Bildungspolitik in Deutschland nicht noch mehr vom aufgesetzten Alarmismus der OECD beeindrucken lässt.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

12.09.2013

Lehrer begrüßen Leipziger Urteil zum Schwimmunterricht „Sonderregelungen wären anti-integrativ“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zur Teilnahme einer muslimischen Schülerin am schulischen Schwimmunterricht mit Nachdruck begrüßt. DL-Präsident Josef Kraus sagte dazu wörtlich:

„Es ist gut, dass das Gericht die muslimische Schülerin zur Teilnahme am koedukativen Schwimmunterricht verpflichtet und die von ihr vorgebrachten Glaubensgründe nicht gelten lässt. Ein gegensätzlich ausgefallenes Urteil hätte die Entstehung von Parallelgesellschaften weiter angeschoben und im Endeffekt anti-integrativ gewirkt. Das vorliegende Urteil erspart den Schulen zudem organisatorische und aufsichtsrechtliche Komplikationen.“

Die Absicht der Schülerin, den Schwimmunterricht trotz des vorliegenden Urteils nicht besuchen zu wollen, hat der Lehrerverband kritisiert. Schließlich, so der Verband, gehe es hier um die Erfüllung einer gesetzlich vorgeschriebenen Schulpflicht.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

29.07.2013

Lehrerverband zur Forderung, die Hausaufgaben abzuschaffen:

„Hausaufgaben sind sinnvoll und notwendig“

- Gerade schwächere Schüler benötigen die zusätzliche Übung und Auseinandersetzung mit dem Schulstoff
- Hausaufgaben tragen zu Eigenverantwortung und Selbständigkeit bei
- Hausaufgaben geben den Lehrkräften wichtige Rückmeldungen zum Verständnisstand der Schüler

Hausaufgaben sind sinnvoll und ein notwendiger Bestandteil schulischen Lernens, so der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, in Erwiderung auf die Forderung, die Hausaufgaben abzuschaffen. Insbesondere für schwächere Schüler sind Hausaufgaben unerlässlich, nämlich als Chance zum nachträglichen Verstehen und zum Einüben. Dagegen sind die schulisch stärkeren Schüler weniger auf Hausaufgaben angewiesen.

Im Einzelnen erklärte der Verbandspräsident:

„Hausaufgaben sind ein Teil der Erziehung zu Eigenverantwortung und Selbständigkeit, Schüler lernen damit ein eigenständiges Arbeiten. Dafür muss die Ausführung freilich richtig geplant und erledigt werden. Werden die Aufgaben nur schnell hingeschmiert, zwischen Abendessen und Zu-Bett-Gehen gequetscht oder im Schulbus oder in der Schulpause abgeschrieben, dann allerdings bringen sie wenig.

Hausaufgaben zeigen den Lehrern, was Schüler verstanden haben, was sie gegebenenfalls nicht verstanden haben und wo noch unterrichtlicher Klärungs- und Übungsbedarf besteht. Die Voraussetzung dafür, dass der Lehrer diesen Erkenntnisstand ablesen kann, ist natürlich, dass die Schüler sich eigenständig mit den Hausaufgaben auseinandersetzen.

Liest der Lehrer im Wesentlichen das Ergebnis der Bemühungen der Eltern, erhält er nicht die erforderliche Rückmeldung zum Verständnisstand der Klasse. Kinder sollen nicht mit von den Eltern geschönten Hausaufgaben in die Schule kommen, sondern mit ehrlichen. Damit der Lehrer sieht: Die Schüler in dieser Klasse machen immer den gleichen Fehler, da muss noch eine Erklärungsschleife eingebaut werden.“

Zur Forderung, die Hausaufgaben durch die gemeinsame Arbeit in kleinen Gruppen zu ersetzen, sagte DL-Präsident Josef Kraus: „Dass Schüler sich untereinander den Lernstoff erklären, kann in Maßen durchaus sinnvoll sein. Ob Schüler und Schülerinnen den Schulstoff verstanden haben und beherrschen, wird aber sowohl ihnen als auch der Lehrkraft erst dann deutlich, wenn sie sich auch einmal ohne jede Assistenz von Eltern oder Mitschülern oder Lehrern damit auseinandersetzen. Denn erfahrungsgemäß „verstecken“ sich gerade schwächere Schüler in der Gruppenarbeit leicht hinter stärkeren Schülern. Müssen die Schüler zum ersten Mal in einer Klassenarbeit oder Klausur z.B. einen bestimmten Rechenweg ganz alleine anwenden, ist das zu spät.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171-52 45 945

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

10.05.2013

Deutscher Lehrerverband (DL):

„Demographischen Wandel für bessere schulische Rahmenbedingungen nutzen!“

- **Kraus: „Schulen brauchen 110 Prozent Lehrerstunden“**
- **„Lehrer angesichts neuer pädagogischer Herausforderungen entlasten!“**
- **Expertentagung „Bildung und Demographie“**

Im Rahmen einer Expertentagung hat sich der Deutsche Lehrerverband (DL) mit den schulpolitischen und pädagogischen Schlussfolgerungen der demographischen Entwicklung befasst. Die Tagung unter dem Titel „Bildung und Demographie“ war am vergangenen Mittwoch, 8. Mai, unter Einbeziehung von sieben Experten gemeinsam vom DL, der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) sowie der Hanns-Seidel-Stiftung in München veranstaltet worden.

Nach Abschluss der Tagung hob DL-Präsident Josef Kraus aus der Vielzahl der Analysen und Anregungen folgende Aspekte hervor:

„Der Rückgang der Schülerzahlen darf nicht zu einer Ausdünnung der Schulstandorte und zu einer Vereinheitlichung des Schulwesens führen. Auch zukünftige Schülergenerationen haben einen Anspruch auf eine wohnortnahe Beschulung und auf ein ihren Begabungen und Neigungen entsprechendes Angebot an verschiedenen Schulformen. Vor allem darf der Rückgang der Schülerzahlen nicht für Sparmaßnahmen missbraucht werden. Vielmehr sollten die geringeren Schülerzahlen für pädagogische Verbesserungen genutzt werden. Notwendig ist längst eine 110-prozentige Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden, damit Unterrichtsausfall vermieden und individuelle Maßnahmen zur Förderung von schwächeren, aber auch von besonders begabten Schülern eingeleitet werden können. Überfällig ist außerdem eine Entlastung der Lehrerschaft durch eine Verringerung ihrer Unterrichtspflichtzeiten. Eine solche Maßnahme zahlt sich auch pädagogisch aus. Denn die Lehrer haben dann mehr Möglichkeiten, sich über den Unterricht hinaus um eine Schülerschaft zu kümmern, die im Zuge des demographischen Wandels schwieriger wird. Schließlich hinterlässt die immer geringere Zahl an gleichaltrigen Interaktionspartnern auch Spuren in der Sozialisation junger Menschen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

11.04.2013

Lehrerverband zur aktuellen UNICEF-Jugendstudie

„Heranwachsende in Deutschland sind oft Opfer von Verwöhnung und Indoktrination“

- **„Wir haben ein Luxusproblem“**
- **WHO-Studien sagen etwas anderes**

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) hat sich kritisch zum UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder geäußert. Wörtlich sagte DL-Präsident Josef Kraus:

„Wir haben in Deutschland unter nennenswerten Teilen der Kinder und Jugendlichen ein Luxusproblem. Je besser die Lebensumstände sind, desto mehr wird auf hohem Niveau gejammert. Schuld daran sind Teile der Elternschaft, die ihre Kinder in immer größerem Maße verwöhnen, verschonen und überbehüten. Schuld daran ist aber auch eine schulpolitische und schulpädagogische Debatte, die den Kindern Stressgefühle geradezu indoktriniert. Schulstress in Deutschland ist aber zu erheblichen Teilen ein gefühlter Stress. Die Schülerschaft vieler anderer Länder Europas und der Welt wird in weitaus größerem Maße in Anspruch genommen. Mitverantwortlich für die Unzufriedenheit junger Menschen mit ihrer Lage sind aber auch Organisationen, die Eltern und Schülern einreden, sie hätten nur mit Abitur und Studium Zukunftsperspektiven. Der Mensch beginnt aber nicht mit dem Abitur. Außerdem zeichnet sich Deutschland durch eine der weltweit niedrigsten Quoten an arbeitslosen Jugendlichen aus. Das sollte eigentlich Grund zu mehr Zufriedenheit sein. Was müssten sonst Jugendliche aus Süd- oder aus Osteuropa zu ihrer Lage sagen!“

Der Deutsche Lehrerverband äußerte zudem Zweifel an der Stimmigkeit der UNICEF-Ergebnisse mit den Ergebnissen der regelmäßig durchgeführten HBSC-Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO (HBSC – Health Behavior in School-Aged Children). Nach dieser Studie geben 84 Prozent der deutschen Jugendlichen eine hohe Lebenszufriedenheit an.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

Aktuell

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

Über den Wert von Bertelsmann-„Studien“

Von Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)

Die bildungspolitische Debatte ist immer weniger orientiert an den Kriterien Rationalität und Ehrlichkeit, sondern immer mehr geprägt von Schreckensszenarien gewisser Organisationen und Stiftungen. Die jüngste „Meldung“ aus dem Hause Bertelsmann über angeblich jährlich nur 23.000 „Bildungsaufsteiger“ bei angeblich 50.000 „Bildungsabsteigern“ gehört zur letzteren Kategorie.

Damit solche Szenarien ihre Wirkung entfalten können, werden sie als „Studien“ und damit als „Wissenschaft“ verkauft. Wenn der Initiator einer solchen „Studie“ auch noch OECD oder Bertelsmann heißt, dann steht eine solche „Studie“ kurz vor der Heiligsprechung zur apokalyptischen Offenbarung.

Diese Art von Handwerk versteht die Bertelsmann Stiftung hervorragend – übrigens nicht nur im Bereich Bildungspolitik, sondern auch in den Bereichen Kommunalpolitik, Außenpolitik, Europapolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik usw. Auf all diesen Feldern sieht sich die Stiftung als „Reformwerkstatt“ und als „Politikberatung“.

Die Bertelsmann Stiftung verfügt über enorme Ressourcen. 1977 gegründet, hält sie mittelbar rund 77 Prozent der Aktien der Bertelsmann SE & Co. KGaA. Das erlaubt ihr nicht nur die Beschäftigung von über 300 Mitarbeitern, sondern größte mediale Verbreitung über die in ihrer Hand befindlichen Sender und Printmedien. Weil die Bertelsmann-Familie Mohn rund drei Viertel der Bertelsmann-Aktien auf die Stiftung übertragen hat, sparte sie obendrein vermutlich gut zwei Milliarden Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Bertelsmann Stiftung mit ihrem Jahresetat von rund 60 Millionen Euro und mit einem Gesamtvolumen aller ihrer Projekte seit 1977 in der Höhe von rund 800 Millionen Euro arbeitet so gesehen also de facto mit öffentlichem Geld, ohne dafür gegenüber einer Exekutive oder Judikative Rechenschaft ablegen zu müssen.

Besonders wirksam ist, dass zum Bertelsmann-Konzern die Sender RTL mit seinen verschiedenen Programmen und VOX sowie zahlreiche Printprodukte von Gruner und Jahr gehören, dass Bertelsmann ferner am Politikmagazin „Spiegel“ und an der „Financial Times Deutschland“ beteiligt ist. Über diese ausgedehnten medialen Möglichkeiten dringt Bertelsmann in viele Redaktionsstuben sowie in zahlreiche Politiker- und Ministerialbüros ein. Geadelt wird die Bertelsmann Stiftung bei ihren Auftritten und Kongressen von ehemaligen Bundespräsidenten sowie von amtierenden Regierungschefs und Ministern.

Lassen wir einige Beispiele von Bertelsmann-„Studien“ Revue passieren.

Beispiel 1

Unter dem Titel „Schulformwechsel in Deutschland. Durchlässigkeit und Selektion in den 16 Schulsystemen der Bundesländer innerhalb der Sekundarstufe I“ legte die Bertelsmann Stiftung Ende Oktober 2012 auf 216 Seiten eine „Studie“ auf, derzufolge es deutschlandweit jährlich 50.000 Bildungsabsteiger und 23.000 Bildungsaufsteiger gebe. Bertelsmann suggerierte damit, dass pro Jahr 50.000 Schüler in eine formal niedrigere Schulform „abgeschult“ würden und nur 23.000 den „Aufstieg“ in eine formal höhere Schulform schafften. Daraus errechneten die Autoren dann die Quote, dass nämlich mehr als doppelt so viele junge Leute „abgeschult“ als in eine „höhere“ Schulform hinaufgestuft würden. Für Bertelsmann war damit klar, dass das Schulsystem in Deutschland „nur nach unten“ durchlässig sei. Genau so geisterte eine entsprechende Meldung dann durch die Schlagzeilen.

Damit aber ignorierte die Bertelsmann Stiftung wieder einmal in skandalöser Weise, dass exakt das Gegenteil der Fall ist: Laut Statistischem Bundesamt gab es zuletzt in Deutschland (Stand: 2011) neben 324.711 Studierberechtigten aus allgemeinbildenden Schulen über 181.319 Studierberechtigte, die ihre allgemeine bzw. fachgebundene oder ihre Fachhochschulreife über die beruflichen Schulen erwarben. Diese Möglichkeiten der vertikalen und sozialen Durchlässigkeit im deutschen Bildungswesen sind weltweit einmalig, sie passen offenbar aber nicht in das bildungspolitische Gedankengebäude von Bertelsmann.

Die Bertelsmann-„Studie“ hat sich damit als höchst tendenziös und im Grunde als völlig wertlos erwiesen. Höchst ärgerlich ist freilich, dass große Teile der deutschen Presse dieser Ente aufgesessen sind und dass die Kultusminister offenbar nicht in der Lage sind, eigene Erhebungen zum „Aufstieg“ und zum „Abstieg“ vorzulegen. Bezeichnend ist auch, dass Bertelsmann diese „Studie“ von Leuten hat erstellen lassen, die mit der Gemeinschaftsschule dezidiert die Ideologie der Einheitsschule vertreten. Dies gilt insbesondere für die Leiterin der „Studie“, Professorin Gabriele Bellenberg (Universität Bochum). Bellenberg war bislang unter anderem als Mitglied des Beirates der Gemeinschaftsschule Billerbeck bei Münster in Erscheinung getreten. Dazu hatte sie vermerkt: "Die Gemeinschaftsschule ist eine der Vorzeigeschulen für die Reform des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen hin zu einem Schulsystem, in dem alle Kinder gleichermaßen willkommen sind. Sie verbindet ein anspruchsvolles pädagogisches Konzept, das konsequent vom einzelnen Kind aus denkt, mit hohen fachlichen Anforderungen ..."

Gar nicht ins Konzept aber dürfte den Bertelsmännern gepasst haben, dass es ausgerechnet in Bayern mit seinem ach so „selektiven“ Schulsystem mehr Bildungsaufsteiger als Bildungsabsteiger gibt. Aber so weit zu gehen und zuzugeben, dass es gerade in einem reich differenzierten Schulwesen eine ausgesprochene vertikale, auch sozial vertikale Durchlässigkeit gibt, wollte man denn doch nicht.

Beispiel 2

Im März 2012 legte die Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Institut für Schulentwicklungsforschung IFS der Universität Dortmund den „Chancenspiegel“ vor. Der Untertitel lautete: „Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme“. Allein der Titel ließ erahnen, was die Kernaussage sein sollte: Deutsche Schulen seien ungerecht, viele Gymnasien seien Biotop für die Kinder der Oberschicht. Auch hier mangelte es wieder an wissenschaftlicher Seriosität. Zum Beispiel wärmte diese „Studie“ zu erheblichen Teilen PISA-Daten auf, die längst diskutiert worden waren. Außerdem erfasste auch diese Bertelsmann-„Studie“ bei der Analyse der sozialen Hintergründe der Gymnasiasten nicht, dass sich das deutsche Bildungswesen (siehe Beispiel 1) durch eine ausgesprochen vertikale Durchlässigkeit auszeichnet. Die „Studie“ legte hier nämlich PISA-Statistiken zugrunde. Mit PISA aber wurden Fünfzehnjährige getestet und befragt; deren tatsächliche Bildungsabschlüsse im 20. oder 22. Lebensjahr kamen in der „Studie“ somit nicht zum Tragen.

PISA ist deshalb als Indikator für die Durchlässigkeit des deutschen Bildungswesens ungeeignet. Jedenfalls hat rund die Hälfte aller Studierberechtigten in Deutschland kein Gymnasium besucht, sondern den Weg zur Studierberechtigung auf anderen Wegen erworben. Man kann ebenso wie der OECD als „oberster“ PISA-Instanz auch der Bertelsmann Stiftung den Vorwurf nicht ersparen, dass sie Bildungswege außerhalb des Gymnasiums implizit als minderwertig diskreditiert.

Beispiel 3

Im Januar 2010 präsentierte Bertelsmann eine „Studie“ mit dem Titel „Ausgaben für Nachhilfe – teurer und unfairer Ausgleich für fehlende individuelle Förderung“. Autor der „Studie“ war im Auftrag der Stiftung Prof. em. Dr. Klaus Klemm (vormals Universität Duisburg-Essen). Der Grundtenor bestand auch hier in Alarmismus. Selbst wenn die von Bertelsmann errechnete Summe von 1,5 Milliarden Euro an Ausgaben stimmen sollte, ist dies kein Grund zur Panik. Diese Summe bedeutet nämlich nichts anderes, als dass pro Jahr und Schüler im Durchschnitt 100 Euro ausgegeben werden. Man sollte diesen Betrag einmal in Relation setzen zu den Kosten, die junge Leute für ihre Mobiltelefone ausgeben.

Vor allem aber sind es sehr unterschiedliche Gründe, die zu Nachhilfe führen. Hier ist die Motivlage sehr verschieden: Wenn Nachhilfe in Anspruch genommen wird, weil ein Kind längere Zeit krank war und etwas nachlernen muss, kann das sinnvoll sein. Wenig sinnvoll freilich ist Nachhilfe, wenn Eltern damit Verantwortung delegieren, statt selbst für effektives häusliches, eigenverantwortliches Lernen zu sorgen; wenn der Ehrgeiz mancher Eltern größer ist als das Leistungsvermögen der Kinder und wenn man meint, der Mensch würde erst beim Abitur beginnen. Daraus, wie Bertelsmann dies tut, ein Versagen des Schulwesens konstruieren zu wollen, ist völlig unangebracht.

Beispiel 4

Im November 2009 gab die Bertelsmann Stiftung eine „Studie“ mit dem Titel „Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum“ zum besten. Beauftragt mit der Erarbeitung der „Studie“ hatte man den Bildungsökonom Ludger Wößmann vom ifo-Institut, einem „An-Institut“ der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Kernaussage dieser „Studie“ war an Prophetie nicht zu übertreffen: Wenn alle Schüler an deutschen Schulen einen PISA-Wert von mindestens 420 erreichten, so die „Studie“, brächte das bis zum Jahr 2090 (sic!) Wachstumserträge von 2,8 Billionen Euro (in Zahlen: 2.800.000.000.000 Euro). Diesen Wert von 420 erreichen nämlich in Deutschland rund 20 Prozent der Fünfzehnjährigen nicht. Die Prophezeiungen der Pythia von Delphi, die sich vor ihren Weissagungen bekanntermaßen berauschte, können da nicht mithalten.

Dem aber nicht genug: Das Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung Jörg Dräger, von 2001 bis 2008 Hamburger Wissenschaftssenator, schob noch hinterher: „Pro Jahr könnten so mehr als 400 Fälle von Mord und Totschlag, mehr als 13.000 Raubüberfälle und mehr als 300.000 Diebstähle vermieden werden.“ Apropos Dräger: Im Jahr 2011 veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel „Dichter, Denker, Schulversager“ (2011). Darin und in diversen Zeitschriftenaufsätzen projiziert er die Vision von der Umwandlung von tausend Brennpunktschulen in „Magnetschulen“. Wörtlich: „Die tausend Brennpunktschulen ... müssen zu Magnetschulen mit einem besonders attraktiven Lernangebot werden.“ Was das Magnetisierende dabei sein soll, erschließt sich dem Leser allerdings nicht. Die von ihm angestrebte „grundlegende Veränderung des Beamtenrechts“ wird es wohl nicht sein können.

Beispiel 5

Im September 2009 gab es eine Bertelsmann-„Studie“ mit dem Titel „Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam“. Darin wird beklagt, dass das Sitzenbleiben in der Schule angeblich jedes Jahr 931 Millionen Euro koste. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hatte dies der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm berechnet. Eine Leistungsverbesserung bleibe bei den meisten Klassenwiederholern allerdings aus. Tatsächlich handelt es sich hier um statistisch keinerlei belastbare Daten. Die „Studie“ ist nämlich eine Art Sammelreferat zu Sitzenbleiber-Studien überwiegend der Schuljahre zwischen 1962 und 1967. Wissenschaftlich ist eine solche Datenbasis völlig unbrauchbar und für die Schulpolitik ein halbes Jahrhundert später ohne jede Relevanz. Zudem wird die sozialpolitisch und pädagogisch durchaus relevante Frage, ob es denn nicht des Geldes wert sei, Sitzenbleibern ein Jahr zur Konsolidierung zu gönnen, gar nicht erst gestellt.

Beispiel 6

Im August 2008 legte die Bertelsmann Stiftung zusammen mit Emnid die Ergebnisse einer Umfrage zum schulischen Reformbedarf vor. Dieser Umfrage zufolge plädierte angeblich die Mehrheit der Bevölkerung für eine längere gemeinsame Schulzeit von sechs bis neun Jahren. Dieses Ergebnis widerspricht allerdings diametral anderen Umfragen. Zum Beispiel hatte eine Forsa-Umfrage im November 2007 ergeben, dass sich die große Mehrheit gegen eine Verlängerung der Grundschulzeit ausspricht: Nur 28 Prozent der Deutschen hielten eine Verlängerung der Grundschulzeit für richtig.

Diverse andere Beispiele

Wie sehr die Bertelsmann Stiftung und der hinter ihr stehende Konzern auf bildungspolitischen Klavieren spielen, zeigt eine kurzgefasste Auflistung weiterer Aktivitäten.

- Über das von ihr mitbetriebene und 1994 mitbegründete Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) war und ist die Bertelsmann Stiftung maßgeblicher Antreiber des umstrittenen „Bologna-Prozesses“. Zudem veranstaltet das CHE regelmäßig das methodisch nicht unumstrittene Hochschulranking.
- Die Bertelsmann Stiftung unterhält das Programm „SEIS“ (Selbstevaluation in Schulen). Es handelt sich hierbei um ein Instrument zur Evaluation der Schulen mittels Fragebögen. Mitgetragen wird SEIS von einem Länderkonsortium, das aus den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt besteht. Beteiligt sind an SEIS angeblich weit über 5.000 Schulen, die ein „Netzwerk an innovativen Schulen“ bilden. Schulen aus den beteiligten Ländern zahlen für SEIS 100 Euro, Schulen aus Nicht-Konsortialländern rund 500 Euro; detaillierte Ergebnisberichte kosten zwischen 250 und 500 Euro.
- Dass die Bertelsmann Stiftung Denkschriften noch und nöcher auflegt, ist fast schon selbstverständlich. Damit und mit zahllosen weiteren Veröffentlichungen, die die Bertelsmann Stiftung auf den Markt schmeißt, könnte man viele Regelmeter füllen. Zudem war Bertelsmann daran beteiligt, dass die schulpolitische „Bibel“ des Jahres 1995 an alle Schulen in Deutschland kostenlos verschickt wurde. Der Titel lautete: „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“. Darin wurden unter anderem eine längere Grundschulzeit und die Errichtung einer „autonomen“ Schule propagiert.
- Die Finger dicke im Spiel hatte Bertelsmann bei der Rechtschreibreform. Am 1. Juli 1996 war in Wien ein Abkommen der deutschsprachigen Staaten zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung unterzeichnet worden. Während der Duden-Verlag dann noch sechs Wochen brauchte, um dieses Abkommen in der 21. „Duden“-Ausgabe umzusetzen, konnte Bertelsmann exakt zum Termin der Vertragsunterzeichnung sein neues Rechtschreibwörterbuch auf den Markt bringen. Das Vorwort dazu schrieb Klaus Heller, Mitglied der damals für die Reform verantwortlichen Zwischenstaatlichen Kommission. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Resümee

Es ist höchst fragwürdig, wie sich hier eine private Stiftung in die Bildungspolitik einmischt. Dass die eine oder andere Zeitung Bertelsmann gelegentlich kritisch durchleuchtet, ist nur ein schwacher Trost. Es stimmt aber nachdenklich, wie wenigstens einzelne Zeitungen geurteilt haben: nämlich dass die „Krake“ Bertelsmann eine „Macht ohne Mandat“, die „Nebenregierung in Gütersloh“ und ein „Heimliches Bildungsministerium“ sei.

Insofern ist es an der Zeit, dass der Bertelsmann Stiftung endlich der (Schein-) Heiligenschein des angeblich selbstlosen Innovator und Impulsgebers genommen wird. Die Impulse der Stiftung bauen nämlich fast immer auf der Skandalisierung irgendwelcher vermeintlicher Missstände auf. Da ist man sich auf für gnadenlose Verzerrungen nicht zu schade. Zum Beispiel behauptete die Bertelsmann Stiftung nach der ersten PISA-Studie, Deutschland sei auf „hinteren Plätze“ zusammen mit „Klassenkameraden aus Mexiko und Brasilien“ gelandet. Aber das ist die Basis dafür, dass die Bertelsmann Stiftung mit Blick auf PISA dann meint, von sich selbst behaupten zu können: „Das Ergebnis der Studie (gemeint ist PISA; JK) unterstreicht, wie wichtig im Land der Dichter und Denker privatwirtschaftliche Bildungsinitiativen sind.“ Um dann fortzufahren: „....Nicht zuletzt haben Einrichtungen wie die Bertelsmann Stiftung durch ihre vielfältigen Aktivitäten dazu beigetragen, dass auch in Deutschland neue, innovative Schulkonzepte eine Chance bekommen.“

Vor allem aber ist es an der Zeit, dass sich Politik und Publizistik gerade im Bereich Bildung ernsthaft an die entscheidenden Punkte der Kritik an Bertelsmann und seiner Stiftung herantrauen:

- Bertelsmann frönt einer fortschreitenden Ökonomisierung von Bildung. Bildungsqualität wird hier reduziert auf Quantifizierbares, Bildung herunterdekliniert auf das, was sich in Zahlen pressen und in wirtschaftliche Vorteile ummünzen lässt. Bildungseinrichtungen, die sich etwa qua Evaluation den Kriterien dieser Organisationen unterordnen, ordnen sich damit einem Konformitätsdruck unter, denn die „Messinstrumente“ entfalten selbstredend eine normative Wirkung.
- Höchstbedenklich ist die Art und Weise, wie Bertelsmann-„Studien“ lanciert werden: Die Stiftung liefert selektiv ausgewählte Daten, in gewissen Agentur- und Redaktionsstuben reagiert man marionettenhaft auf diese Zahlen und den damit verbundenen Alarmismus, und schon beginnt die Politik zu rudern. Politiker und Ministerialbeamte hier und die Stiftung dort instrumentalisieren sich zudem immer häufiger gegenseitig. Die Stiftung lässt ihren Kooperationspartnern exklusiv Information zukommen, sie verschafft sich damit Zugang zu vielen Projekten.
- Im Kern läuft alle Bertelsmann-Politik immer wieder auf eine mehr oder weniger versteckte Propaganda für ein einheitliches Schulwesen hinaus. Allein die Autoren, denen Bertelsmann Aufträge für „Studien“ zukommen lässt, stehen dafür.
- Besonders seltsam freilich mutet die Doppelbödigkeit der Bertelsmann-Politik an. Hinter der sich bildungsbeflissenen Stiftung steht nämlich ein Konzern, der sich als Hauptanteilseigner bestimmter privater Fernsehsender bislang nicht gerade als Förderer von Bildung profiliert hat.

Es wäre also längst Aufgabe nicht nur der Bildungspolitik, sondern aller Politikfelder, in denen Bertelsmann wildert, sich von den Einflüssen dieser Stiftung frei zu machen, anstatt ständig auf „Studien“ dieses Hauses aufzuspringen oder im günstigen Fall ein halbherziges Ceterum Censeo anzufügen.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

12.12.2012

Lehrer kritisieren:

„Bildungsstudien und internationale Ranglisten werden überbewertet“

- Warnung vor einer Normierung von Bildung durch Tests

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat vor einer Überbewertung von Bildungsstudien und internationalen Ranglisten gewarnt.

Wörtlich erklärte DL-Präsident Josef Kraus zu den jüngsten IGLU- und TIMSS-Studien: „Die schier inflationär produzierten Studien haben immer weniger Aussagekraft. Mehr als die Hälfte der in den aktuellen Ranglisten aufgeführten Länder ist versehen mit einer Fußnote, die eine mangelnde Repräsentativität der jeweiligen Stichprobe signalisiert. Das heißt: Der gerade in Deutschland praktizierte Ranking-Fetischismus hat sich ad absurdum geführt. Schulpolitische Konsequenzen sind daraus nicht ableitbar, es sei denn, man wolle in Deutschland ein Drillsystem wie in den so genannten Siegerländern im fernen Asien etablieren.“

Darüber hinaus kritisiert Kraus, dass das Verständnis von Bildung immer mehr auf das Messbare und Testfähige reduziert werde. Kraus: „Bildung ist erheblich mehr als das, was PISA, TIMSS, IGLU und Co. messen. Deshalb wird es höchste Zeit, den normierenden Einfluss der Testerei auf das Bildungswesen zu stoppen. Bei IGLU beispielsweise wird auf recht simple Weise nur die Fertigkeit zur Informationsentnahme getestet, nicht aber konkretes Wissen und sprachliches Ausdrucksvermögen. Letzteres hat wegen so manch falscher Grundschulreformen erheblich gelitten.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

31.10.2012

Lehrerverband:

„Bertelsmann-Studie über Bildungsverläufe ist wertlos“

- „Es gibt keine 23.000, sondern 181.000 Bildungsaufsteiger“
- „Bertelsmann schmückt sich mit Protagonisten der Einheitsschule“
- „Die Politik von Bertelsmann ist doppelbödig, schließlich betreibt Bertelsmann Sender, die alles andere als Bildungseinrichtungen sind“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die jüngste Bildungsstudie der Bertelsmann-Stiftung als „höchst tendenziös und völlig wertlos“ attackiert und die Kultusminister der 16 deutschen Länder aufgefordert, eigene Erhebungen vorzulegen und sich nicht von höchst einseitigen Statistiken privater Stiftungen beeindrucken zu lassen. Der Verband kritisiert auch, dass Bertelsmann diese Studie von Leuten hat erstellen lassen, die mit der Gemeinschaftsschule dezidiert die Ideologie der Einheitsschule vertreten. Dies gilt insbesondere für die Leiterin der Studie, Professorin Gabriele Bellenberg.

Nach Einschätzung des DL gefalle sich die Bertelsmann-Stiftung offenbar in Krisenszenarien, wenn sie jetzt von deutschlandweit 50.000 Bildungsabsteigern und 23.000 Bildungsaufsteigern spreche. Damit aber ignoriere die Stiftung, so DL-Präsident Josef Kraus, in skandalöser Weise, dass es laut Statistischem Bundesamt zuletzt in Deutschland (Stand: 2011) neben 324.711 Studierberechtigten aus allgemeinbildenden Schulen über 181.319 Studierberechtigte gab, die ihre allgemeine bzw. fachgebundene oder ihre Fachhochschulreife über die beruflichen Schulen erwarben. Diese Möglichkeiten der vertikalen und sozialen Durchlässigkeit im deutschen Bildungswesen seien weltweit einmalig, sie passten offenbar aber nicht in das bildungspolitische Gedankengebäude von Bertelsmann.

DL-Präsident Kraus attackiert die Bertelsmann-Stiftung auch wegen der Doppelbödigkeit ihrer Politik. Kraus wörtlich: „Hinter der sich bildungsbeflissenen gebenden Bertelsmann-Stiftung steht ein Konzern, der sich als Hauptanteilseigner bestimmter privater Fernsehsender nicht gerade als Förderer von Bildung profiliert.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

04.05.2012

DL zum UNESCO-Weltlehrertag am 5. Oktober

Mehr Anerkennung für Lehrkräfte gefordert

- „**Versorgung der Schulen mit Lehrern nach wie vor unzureichend**“
- „**Schule und Lehrerberuf nicht überfrachten!**“

Anlässlich des UNESCO-Weltlehrtages am 5. Oktober kritisiert der Deutsche Lehrerverband (DL), dass es weiten Bereichen des Schulwesens immer noch an einer bedarfsgerechten Lehrerversorgung mangle.

Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, unterstreicht: „Um junge Leute für den faszinierenden Beruf des Lehrers zu begeistern, muss sich der Umgang von Politik und Öffentlichkeit mit diesem Beruf ändern. Lehrer brauchen die volle Anerkennung für ihre anspruchsvolle und immer schwieriger werdende Arbeit. Auch die UNESCO sieht gut qualifizierte und motivierte Lehrkräfte als die Grundlage für eine qualitativ hohe Bildung.“

Bereits heute, so Kraus, bestehe ein Mangel an Lehrern in bestimmten Fächern, vor allem in Mathematik und Informatik, in den Naturwissenschaften sowie in Fächern der beruflichen Schulen wie Elektrotechnik, Metalltechnik und Wirtschaft. Um mit dem freien Arbeitsmarkt um die Studierenden dieser Fachrichtungen konkurrieren zu können, bedürfe es attraktiver Verdienst- und Karrieremöglichkeiten für Lehrer.

Kraus bedauert zudem eine „fortschreitende sozialpädagogische Überfrachtung“ des Lehrerberufes. Wörtlich: „Lehrkräfte leisten bereits heute mit großem Engagement eine Vielzahl von Aufgaben, unter anderem müssen sie sich fachlich stets auf dem Laufenden halten. Es geht aber nicht an, dass alle möglichen gesellschaftlichen Probleme und so manche Mängel der häuslichen Erziehung der Schule und der Lehrerschaft aufgehalst werden. Eine solche Überforderung der Schulen schmälert deren originären Auftrag, nämlich den Bildungs- und Qualifizierungsauftrag.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

12.09.2012

Lehrerverband kritisiert OECD

„OECD kommt nicht weg von ihrem Quotenfetischismus“ „Völlige Ignoranz gegenüber der Bedeutung der beruflichen Bildung“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, hat die OECD wegen der Interpretation ihrer eigenen Bildungsdaten scharf kritisiert.

Wörtlich sagte Kraus:

„Es ist jedes Jahr das gleiche rituelle Spielchen. Die OECD kennt nur noch den Fetisch der Studierquote. Wer aber wie die OECD glauben macht, dass eine geringe Quote an arbeitslosen jungen Leuten mit einer hohen Akademisierungsquote zu tun hat, der ist auf dem Holzweg. Deutschland und Österreich haben in der Mitte des Jahres 2012 eine Quote an arbeitslosen 25- bis 34-Jährigen von 8,0 bzw. 8,9 Prozent. Die Quote an Jungakademikern in diesen beiden Ländern beträgt gleichzeitig 26 bzw. 21 Prozent. Dem gegenüber haben Spanien, Frankreich und Großbritannien vermeintlich glanzvolle Jungakademikerquoten von 38 bzw. 43 bzw. 45 Prozent, gleichzeitig aber erschreckende Quoten an Arbeitslosen in diesem Altersbereich von 52,9 bzw. 23,4 bzw. 21,7 Prozent.

Dass gerade die berufliche Bildung in Deutschland aus wirtschaftlichen und aus sozialpolitischen Gründen Vorbild für andere Staaten sein könnte, will die OECD in ihrem Studierquotenwahn nicht wahrhaben. Dabei ist sozial gerade das, was junge Leute in Lohn und Brot bringt und nicht das, was Berechtigungen anstelle von Befähigungen vermittelt.

Wenn Bundesregierung und Kultusministerkonferenz die OECD-Analysen jetzt als unausgereift kritisieren, so wurde dies höchste Zeit. Den beiden ist freilich auch ins Stammbuch zu schreiben, dass sie die OECD seit Jahren ungestraft vor sich hin ideologisieren lässt. Vielleicht wäre es an der Zeit, dass Deutschland der OECD einmal Mittel streicht, bei der personellen Besetzung der OECD-Spitzenpositionen genauer hinschaut oder sich an solchen Berichten einfach nicht mehr beteiligt.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

07.09.2012

Lehrerverband zum Tag der deutschen Sprache und zum Weltalphabetisierungstag am 8. September 2012

Grundsolider Deutschunterricht – Basis für eine gelungene Bildungsbiographie

Zum Weltalphabetisierungstag 2012, der jährlich am 8. September stattfindet, und zum Tag der deutschen Sprache am selben Tag weist der Deutsche Lehrerverband (DL) nachdrücklich auf die Bedeutung des Deutschunterrichts an allen Schulformen hin; eine grundsätzliche sprachliche Schulung im Deutschen stellt schließlich die Basis für eine gelungene Lese- und Bildungsbiographie dar. Etwa 7,5 Millionen Erwachsene in Deutschland sind verschiedenen Studien zufolge von funktionalem Analphabetismus betroffen; diese Menschen können zwar einzelne Wörter und Sätze, aber keine zusammenhängenden Texte lesen und schreiben. Weitere geschätzte 13 Millionen schreiben und lesen auch bei gebräuchlichen Wörtern langsam und/oder fehlerhaft und vermeiden deshalb häufig das Lesen und Schreiben.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, erklärte dazu:

„Das Fach Deutsch hat in den letzten Jahren durch schulpolitische Entscheidungen starke Einschränkungen hinnehmen müssen. Stunden wurden gekürzt, Lehrpläne zusammengestrichen, der Wortschatz, den Grundschüler lesend und schreibend beherrschen sollen, wurde immer weiter reduziert, die herkömmliche und über Generationen hinweg bewährte Ausgangsschrift wird in einigen deutschen Ländern abgeschafft. Statt Lesen, Schreiben und Rechtschreibung durch intensives Lesen und Schreiben von Texten zu üben, verdrängen Lückentexte und Multiple-Choice-Tests im Unterricht den differenzierten Gebrauch der Sprache. Experimente im Lese- und Schreiblernprozess machen ganze Schüलगenerationen zu Versuchskaninchen, ohne dass vorher tatsächlich bewiesen wird, dass eine neue Methode besser ist.

Dies führt nicht nur zu einem seitens der Hochschulen und der Ausbildungsbetriebe vielfach beklagten schwachen sprachlichen Niveau vieler Studierender und Auszubildender. Es vergrößert zudem die Gefahr, dass Schulabbrecher und Schulabgänger den Kontakt zur Schriftsprache verlieren und als sekundäre bzw. funktionale Analphabeten ihre Lese- und Schreibfertigkeiten verlieren. Da flüssiges Lesen und Schreiben die unbedingte Voraussetzung für eine gelungene Bildungsbiographie sind, müsste gerade in den unteren Klassen dem Deutschunterricht Vorrang vor allen Experimenten wie Frühenglisch eingeräumt werden.“

In diesem Jahr fällt auch der Tag der Deutschen Sprache, ausgerufen vom Verein Deutsche Sprache (VDS) immer für den zweiten Samstag im September, auf den 8. September. Mit zahlreichen Aktionen und Vorträgen will der VDS damit das Bewusstsein für die Ausdruckskraft der deutschen Sprache wecken, für den Gebrauch von verständlichem Deutsch in allen Lebensbereichen werben und die Wahrnehmung von überflüssigen Mode-Fremdwörtern schärfen.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171–52 45 945.



PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

05.09.2012

Stellungnahme des Deutschen Lehrerverbandes zur 2. JAKO-O Bildungsstudie

„Kooperation zwischen Elternhaus und Schule – ein wichtiger Baustein für gelungene Bildungsbiographien“

Mit großem Interesse nahm der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, die Ergebnisse der 2. JAKO-O Bildungsstudie in Berlin zur Kenntnis. Kooperation und Kommunikation zwischen Schule und Eltern seien wichtige Bausteine, um Schülerinnen und Schülern zu gelungenen Bildungsbiographien zu verhelfen, unterstrich der Präsident des Dachverbandes, der etwa 160.000 Lehrer in vier Mitgliedsverbänden in Deutschland vertritt.

Warnend sprach sich der DL-Präsident, der auch Schulleiter an einem Gymnasium in Bayern ist, gegenüber zwei gegenläufigen Tendenzen aus, die er verstärkt bei Eltern von Schülern registrierte: „Zum einen gibt es die Haltung, Erziehungsaufgaben, die eigentlich die Eltern wahrnehmen müssten, als Aufgabe der Schulen anzusehen und einzufordern. Die Schule kann nicht Reparaturbetrieb für alle gesellschaftlichen Probleme sein, damit wären Schulen, auch die von manchen Eltern präferierte Ganztagschule, strukturell, personell und zeitlich überfordert.“ Eine Tendenz am gegenteiligen Spektrum der Elternschaft ist seiner Beobachtung nach das Phänomen der sogenannten Helikopter-Eltern: „Das sind Eltern, die wie eine schnelle Eingreiftruppe ständig über ihren Kindern kreisen, um ihnen etwa vergessenes Turnzeug und Wasserflaschen hinterherzutragen, und die damit die Entwicklung ihrer Kinder zu Eigenverantwortung und Selbstständigkeit blockieren.“ Ein gesundes Mittelmaß engagierten Interesses am Schulleben der Kinder sei wünschenswert und konstruktiv.

Sehr skeptisch sieht Kraus die mit der JAKO-O Studie angeblich zu Tage geförderten Wünsche der Eltern nach einer verlängerten Grundschulzeit. Zahlreiche jüngere Umfragen zeigen nämlich keine überwiegende Vorliebe der Eltern für längeres gemeinsames Lernen; und Länder wie Berlin und Brandenburg mit einer sechsjährigen Grundschule haben sogar erhebliche Leistungs Nachteile: „Aus der Diskussion um den Übertritt an die weiterführenden Schulen muss der Druck herausgenommen werden – das deutsche Bildungswesen zeichnet sich durch seine große Vielfalt und die zahlreichen unterschiedlichen Wege, auch zur Studienberechtigung, aus. Um die Aufregungen beim Übertritt an eine weiterführende Schule herauszunehmen, muss deutlicher gemacht werden, dass die Entscheidung für die weiterführende Schule nicht die unumkehrbare Festlegung auf einen bestimmten Lebensweg ist, als die sie oft dargestellt wird.“ Außerdem sei es wichtig, dass nach der Vielzahl von Reformen der letzten Jahre im Schulsystem nun eine Phase der Ruhe ohne Experimente einkehre.

Erfreut äußerte sich der DL-Präsident über die Tatsache, dass die Einschätzung des Lehrerberufs in den Augen der Eltern sehr positiv ist. Lehrkräfte werden als gerecht, engagiert und fachlich kompetent eingeschätzt, es wird gewürdigt, dass sie sich um das Interesse der Kinder bemühen, gut erklären können und Stärken der Schülerinnen und Schüler fördern. „Wie schon in anderen Studien bestätigt sich, dass die Eltern als der Teil der Gesellschaft, der am meisten mit Lehrern zu tun hat und häufig von ihnen durch die Schulkinder hört, ein sehr viel positiveres Bild des Berufsstandes hat als das von Vorurteilen und Klischees geprägte Bild des Lehrerberufs in anderen Gesellschaftsteilen.“

Geschäftsstelle Deutscher Lehrerverband Berlin

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171–52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

25.07.2012

Antwort auf die Kritik deutscher Hochschulprofessoren an der Sprachkompetenz der Studenten

Lehrerverband fordert seit Jahren eine Offensive für den Deutschunterricht

„Die Schulpolitik hat es zu verantworten, dass die sprachliche Bildung vernachlässigt wird“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) weist im Zusammenhang mit der Kritik, die deutsche Hochschulprofessoren in der Untersuchung von Professor Wolf aus Bayreuth an den mangelnden Grammatik- und Sprachkenntnissen zahlreicher Studenten üben, darauf hin, dass der DL die Vernachlässigung sprachlicher Bildung seit Jahren beklagt und eine Stärkung des Deutschunterrichts fordert.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, erklärt dazu:

„Das Fach Deutsch hat in der jüngeren Schulgeschichte am meisten unter schulpolitischen Vorgaben gelitten. Es hat viele Stunden und einen verbindlichen Lektürekanon verloren, Deutschlehrer sind gehalten, mit Texthäppchen statt mit Ganzschriften zu arbeiten, der vorgegebene Grundwortschatz von Zehnjährigen wurde auf lächerliche 700 Wörter reduziert. Dazu kommt, dass in allen Fächern weniger das Schreiben von längeren Texten verlangt wird, stattdessen wird Schulstoff bei den Schülern in PISA-Manier mehr und mehr nur noch durch das Ankreuzen von Multiple-Choice-Tests und das Vervollständigen von Lückentexten abgefragt. Auch die Rechtschreibreform hat nicht gerade zu mehr Schreibsicherheit beigetragen, und einzelne deutsche Ländern sind dabei, die bewährte Ausgangsschrift abzuschaffen.“

Während in den meisten Ländern der Welt die Landessprache als Unterrichtsfach rund ein Viertel des Gesamtunterrichts ausmacht, ist es in Deutschland nur rund ein Sechstel. Selbst an Gymnasien, die nach ihrem Selbstverständnis eigentlich Schulen der Sprachen sind, haben Schüler in manchen Klassen der Mittelstufe nur noch drei Stunden pro Woche Deutschunterricht, also weniger als ein Zehntel ihres Gesamtunterrichts.

Die Leidtragenden sind die jungen Leute, denen die Sprachkompetenz nicht nur durch ihre verstärkte Mediennutzung, sondern auch durch diese schulpolitischen Entscheidungen vorenthalten wird. Deshalb sollten die 16 deutschen Schulminister dem Schulfach Deutsch endlich wieder mehr Bedeutung, mehr Unterrichtsstunden und verbindliche Inhalte zugestehen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

25.04.2012

10 Jahre nach „Erfurt“

Lehrer sehen sowohl Fortschritte als auch weiteren Handlungsbedarf

- **Kultur des Hinhörens und Hinsehens muss noch verbessert werden**
- **Regionale Gewaltgipfel und mehr Schulpsychologen notwendig**

Zehn Jahre nach dem Amoklauf eines ehemaligen Schülers am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt mit 16 Toten stellt der Deutsche Lehrerverband (DL) Fortschritte bei der Erarbeitung von schulischen Sicherheitskonzepten und Notfallplänen fest. DL-Präsident Josef Kraus weist aber darauf hin, dass eine als präventives Frühwarnsystem notwendige Kultur des Hinhörens und des Hinsehens immer noch zu wenig ausgeprägt sei.

Die Vorbereitung der Schulen auf einen möglichen Ernstfall durch technische Ausrüstung und durch eingeübte Konzepte sei ein sehr wichtiger Aspekt. Ebenfalls wichtig seien gesellschaftliche Vorgänge wie die Verschärfung des Waffenrechts. Gleichzeitig könne es aber nicht darum gehen, mit einem Übermaß an Kontrollen die Schulen zu Festungen auszubauen.

Noch mehr Aufmerksamkeit als bislang müsse dem Medienkonsum von Jugendlichen und der zunehmenden Verbreitung von Gewalt via Computern, Spielekonsolen, Fernseher und Smartphones gelten. Untersuchungen zeigen nämlich eindeutig: Wenn ein Jugendlicher solche Medien in seinem Zimmer habe, würden diese Medien nicht nur doppelt so lange, sondern auch zum Konsumieren weitaus brutalerer Inhalte genutzt. Ein exzessiver Konsum von Computerspielen führe zu Abnabelung von Freunden und Familie, zum Nachlassen bei schulischen Leistungen und damit auch zu Perspektivlosigkeit. Zwar führe das nicht in jedem Fall zu Gewalt, doch ein Hinsehen von Familie, Freundeskreis, Schule und Gesellschaft auf entsprechend geprägte Heranwachsende sei in jedem Fall notwendig. Der Gewaltbereitschaft junger Menschen könne nur dann wirksam begegnet werden, wenn Politik, Medien, Jugendarbeit und Elternhäuser an einem Strang zögen und die Schulen bei diesem Problem nicht allein gelassen würden.

Kraus erneuerte seine Forderung nach regionalen Anti-Gewalt-Gipfeln, bei denen alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen über Vorgehensweisen beraten und sich vernetzen könnten. Dabei müsse auch sichergestellt werden, dass die besprochenen Maßnahmen umgesetzt würden und nicht bloße Beschlüsse blieben. Außerdem fordert Kraus eine bessere Ausstattung der Schulen mit Schulpsychologen, damit auffällige Schüler bereits dort früher erkannt und einer professionellen Betreuung zugeführt werden könnten.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

12.03.2012

Lehrerverband zur neuen Bildungsstudie der Bertelsmann-Stiftung:

„Das ist Alarmismus auf der Basis unzureichender Datensätze“

Der Deutsche Lehrerverband hat die jüngste Bildungsstudie der Bertelsmann-Stiftung kritisiert. Wörtlich sagte Verbandspräsident Josef Kraus dazu:

„Was die Bertelsmann-Stiftung hier publiziert, ist teilweise nicht seriös. Zum Beispiel wärmt diese Studie zu erheblichen Teilen PISA-Daten auf, die längst diskutiert wurden. Außerdem erfasst die Bertelsmann-Studie bei der Analyse der sozialen Hintergründe der Gymnasiasten nicht, dass sich das deutsche Bildungswesen durch eine ausgesprochen vertikale Durchlässigkeit auszeichnet. Die Studie legt hier nämlich PISA-Daten zugrunde. Mit PISA aber wurden Fünfzehnjährige getestet und befragt; deren tatsächliche Bildungsabschlüsse kommen in der Studie somit nicht zum Tragen. PISA ist deshalb als Indikator für die Durchlässigkeit des deutschen Bildungswesens ungeeignet. Denn rund die Hälfte aller Studierberechtigten hat kein Gymnasium besucht, sondern den Weg zur Studierberechtigung auf anderen Wegen erworben. Unter diesen jungen Leuten sind sogenannte bildungsferne Schichten sogar stark vertreten.“

Man kann der Bertelsmann-Stiftung den Vorwurf nicht ersparen, dass sie die Karte der Bildungsgerechtigkeit spielt, im Endeffekt mit ihrem Alarmismus aber Bildungswege außerhalb des Gymnasiums implizit als minderwertig diskreditiert. Die Bertelsmann-Stiftung sollte auch davon Abstand nehmen, PISA-Ergebnisse als Indikatoren für das Leistungsvermögen von Schülern bzw. von ganzen Schulsystemen zu betrachten. Mit PISA wird nämlich ein sehr enges Verständnis von schulischer Bildung propagiert. In PISA kommen nämlich maßgebliche Bildungsbereiche gar nicht vor, die eine umfassende Allgemeinbildung ausmachen – nämlich die Fächer Fremdsprachen, Geschichte, Politik, Geographie, Religionslehre/Ethik, Kunst, Musik sowie die literarische Bildung.“

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich, Anne Schirmacher

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

20.02.2012

Lehrerverband zum UNESCO-Tag der Muttersprache am 21. Februar:

„Das Beherrschen der Mutter- und Landessprache ist die Basis jeder Bildung“

- Kritik am Umgang der Bildungspolitik mit dem Schulfach Deutsch

Am 21. Februar wird weltweit der „Internationale Tag der Muttersprache“ begangen; er geht zurück auf einen Beschluss der UNESCO-Generalversammlung vom November 1999. Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat aus diesem Anlass massive Vorwürfe gegen die Bildungspolitik in Deutschland erhoben. Josef Kraus, der Präsident des DL, beschuldigt die politisch Verantwortlichen anlässlich dieses UNESCO-Tages vor allem, den Deutschunterricht verkommen zu lassen.

Im Einzelnen sagte Josef Kraus dazu:

„Keine andere Nation geht schulisch so gleichgültig mit der eigenen Muttersprache um wie die deutsche. Während in den meisten Ländern der Welt die Landessprache als Unterrichtsfach rund ein Viertel des Gesamtunterrichts ausmacht, ist es in Deutschland nur rund ein Sechstel. Selbst an Gymnasien, die nach ihrem Selbstverständnis eigentlich Schulen der Sprachen sind, haben Schüler in manchen Klassen der Mittelstufe nur noch drei Stunden pro Woche Deutschunterricht, also weniger als ein Zehntel ihres Gesamtunterrichts.“

Es kommt hinzu, dass in Deutschland bereits die Grundschullehrpläne mutter- bzw. landessprachlich auf Sparflamme eingestellt sind; hier sind in der Regel gerade eben noch 700 Wörter Grundwortschatz der mickrige Standard. Zugleich wird der Deutschunterricht in der Grundschule zugunsten eines zu diesem Zeitpunkt fragwürdigen Englischunterrichts gekürzt. In höheren Jahrgangsstufen sind anspruchsvolle Literatur und simple Gebrauchstexte im Zuge einer hohlen Kompetenzenpädagogik auf eine Ebene gestellt worden.

Der Deutschunterricht hat sich diesen Vorgaben leider angepasst und das Niveau heruntergefahren: Es gibt oft keinen verbindlichen Lektürekanon mehr; die Deutschlehrer sind gehalten, mit Texthäppchen statt mit Ganzschriften zu arbeiten; anstelle von kompletten Diktaten verlangt man von Schülern das Zustöpseln von Lückentexten; Tests im Fach Deutsch sind zu Multiple-Choice-Tests verkommen.“

Der Lehrerverband fordert die deutschen Länder auf, eine Offensive zu Gunsten des Deutschunterrichts zu starten. Nur so könne die Schule ihren umfassenden Auftrag der Persönlichkeitsbildung, einer soliden kulturellen Grundbildung und einer tragfähigen Förderung der Berufs- und Studierreife erfüllen.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

12.01.2012

Lehrerpräsident Kraus am 12.1. im ARD/ZDF-Morgenmagazin:

„Debatte um den Übertritt an die weiterführenden Schulen tieferhängen“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) Josef Kraus hat heute im ARD/ZDF-Morgenmagazin zu Fragen des Übertritts von der Grundschule an weiterführende Schulen Stellung genommen. Er hat dabei folgende Kernaussagen vertreten:

1. Die Entscheidung für eine bestimmte weiterführende Schule ist keine Entscheidung für ein ganzes Leben. Das deutsche Bildungswesen ist von größter Vielfalt und vielerlei Verästelungen geprägt. Es gibt keinen Bildungsabschluss ohne Bildungsanschluss.
2. Die Entscheidung zum Besuch einer weiterführenden Schule fällt am Ende der 4. Klasse genau zum richtigen Zeitpunkt. Eine längere Grundschuldauer wäre für die allermeisten Schüler nicht gut.
3. Die Empfehlung der Grundschullehrer zur weiteren Schullaufbahn ist von großer Professionalität und Zuverlässigkeit. Insbesondere die Leistungen eines Grundschülers in den Fächern Deutsch und Mathematik sagen viel über die weiteren schulischen Perspektiven eines Kindes aus. Eltern sollten sich intensiv mit den Lehrern ihres Kindes beraten und gegebenenfalls Beratungslehrer und Schulpsychologen einbeziehen.
4. Es gibt in Deutschland rund 50 Wege zu einer Studierberechtigung. Das Gymnasium ist für viele Elfjährige nicht der geeignete Weg. Rund die Hälfte aller Studierberechtigten hat überhaupt keinen gymnasialen Abschluss.
5. Ein herausragendes Merkmal des deutschen Bildungswesens ist das berufliche Bildungssystem. Es bietet beste Qualifikationsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven.
6. Die gesamte Debatte um den Übertritt an weiterführende Schulen ist überhitzt. Man sollte sie tiefer hängen, um Kindern Stress zu ersparen.

Das vollständige Interview finden Sie auf der Homepage des ZDF-Morgenmagazins unter diesem Link:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/aktuellste/446#/beitrag/video/1539568/Schulwechsel:-Eltern-beruhigen>

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

06.02.2012

Zum internationalen Safer Internet Day am 7.2.2012

Lehrerverband: „Medienkompetenz stärken – Gefahren bewusst machen!“

Anlässlich des internationalen „Safer Internet Day“ am kommenden Dienstag, 7. Februar, weist der Deutsche Lehrerverband (DL) auf die Bedeutung der Medienkompetenz bei Heranwachsenden und auf die Notwendigkeit eines reflektierten Umgangs mit neuen Kommunikationsformen hin.

Verbandspräsident Josef Kraus erklärt dazu in einer Stellungnahme:

„Junge Leute brauchen eine umfassende Medienkompetenz. Die schulische Förderung dieser Kompetenz muss gleichermaßen der Nutzung von Büchern, Zeitungen und Fachzeitschriften sowie dem Internet und neuen Kommunikationsformen wie Blogs, Chats und SMS-Nachrichten gelten.

Das A und O ist auch hier die Fertigkeit, flüssig lesen und verständlich schreiben zu können. Darüber hinaus müssen die jungen Leute lernen, die Glaubwürdigkeit von Quellen zu bewerten und mögliche Manipulationen durch Graphiken, Bilder, Filme und O-Töne zu durchschauen.

Die Schulen werden auch nicht umhin kommen, Schüler auf die konkreten Gefahren im Internet aufmerksam zu machen. Schülern muss, gegebenenfalls unter Beziehung von externen Experten, etwa der Polizei, bewusst gemacht werden, dass sie beim Surfen im Internet und erst recht in sozialen Netzwerken Datenspuren hinterlassen. Unter Umständen kann dadurch sogar eine spätere Bewerbung um eine Arbeitsstelle belastet werden.

Wichtig ist es zudem, Schülern zu vermitteln, dass gerade ein Cyber-Mobbing für beide Seiten gravierende Folgen haben kann. Die jungen Leute müssen dafür gewonnen werden, sich couragiert gegen ein Cyber-Mobbing zu stellen bzw. Mobbing-Opfern zur Seite zu stehen.“

Für den Umgang zwischen Lehrern und Schülern in sozialen Netzwerken rät Kraus vor allem den Lehrern zu professioneller Distanz. Hier könne ein Kontakt, über den von beiden Seiten private Informationen über Urlaub, Feiern und Familienangelegenheiten offen gelegt werden, zu problematischen Konsequenzen führen.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

30.01.2012

Hintergrundinformationen des Deutschen Lehrerverbandes (DL) zur dpa-Meldung und zum FAS-Bericht vom 29. Januar 2012

„Skandalös: Während massenweise Unterricht ausfällt, sind Zehntausende von jungen Lehrern ohne feste Beschäftigung“ - „110 Prozent Stundenabdeckung notwendig“

Am 29. Januar 2012 meldete dpa: Schüler an Gymnasien verpassen laut einer Studie in ihrer Schullaufbahn ein ganzes Schuljahr, weil Unterricht ausfällt. Das ergab eine Analyse des Deutschen Lehrerverbandes, von der die «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung» vom 29. Januar 2012 berichtet. Demnach finden zehn Prozent des Unterrichts in Deutschland nicht regulär statt. Dass zugleich mehrere zehntausend junge Lehrer keine feste Beschäftigung hätten, nannte Verbandspräsident Josef Kraus einen Skandal.

Grundlage für diese Meldung bzw. für den Bericht der FAS sind die nachfolgend dargestellten Ergebnisse der Recherchen des Deutschen Lehrerverbandes.

Situation des Unterrichts in den Schulen

>>> Pro Woche müssten an Deutschlands allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen regulär rund 14 Millionen Stunden unterrichtet werden.

>>> Je nach Land und je nach Schulform fallen zwischen zwei und fünf Prozent des Soll-Unterrichts ersatzlos aus, weitere vier bis fünf Prozent müssen in Mehrarbeit durch andere Lehrer – zum Teil fachfremd - vertreten werden.

>>> Das ergibt pro Woche in Deutschland rund 1,2 Millionen Unterrichtsstunden, die nicht regulär stattfinden.

>>> Diese Zahl an 1,2 Millionen Unterrichtsstunden entspricht der Unterrichtsverpflichtung von rund 45.000 Vollzeit-Lehrern

Situation auf dem Lehrerarbeitsmarkt

>>> Realiter sind derzeit geschätzt **50.000** junge Nachwuchslehrer ohne adäquate Beschäftigung. Amtlich als „arbeitsuchend“ gemeldet waren im Dezember 2011 im allgemeinbildenden und im berufsbildenden Schulbereich rund **10.000** Lehrer.

>>> Viele der 50.000 Nachwuchslehrer fristen ihre berufliche Existenz als Aushilfslehrer, in den wenigeren Fällen in Vollzeit und mit Jahresvertrag. Bei diesen befristeten Beschäftigungen handelt es sich häufig um Drei- bis Sechsmontatsverträge; selbst wenn ein sonst beschäftigungsloser Lehrer einen Jahresvertrag hat, kann es sein, dass die großen Ferien ausgeschlossen sind, es sich also nur um einen 10,5-Monats-Vertrag handelt.

>>> Die hohe „**Dunkelziffer**“ ergibt sich daraus, dass sich die meisten arbeitslosen Nachwuchslehrer nicht bei den Arbeitsagenturen melden, weil sie nach Abschluss ihrer Ausbildung als Beamte auf Widerruf keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I und wegen ihrer Lebensumstände oft auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Sie können zudem kaum mit einer amtlichen Stellenvermittlung rechnen. Im Dezember 2011 beispielsweise hatten die Arbeitsagenturen offiziell gerade eben 1.876 offene Arbeitsstellen im allgemeinbildenden und im berufsbildenden Schulbereich ausgewiesen.

>>> Bei den arbeitssuchenden Lehrern handelt sich vor allem um junge, meist 25- bis 30jährige fertig ausgebildete Lehrer aller Schulformen, die keine Beschäftigung im Schuldienst oder allenfalls eine befristete Voll- oder Teilzeitbeschäftigung fanden.

>>> Besonders **ungünstig** sind die Beschäftigungschancen für junge Lehrer - vorbehaltlich der jeweiligen Unterrichtsfächer und je nach Bundesland - aktuell und schon seit längerem in den Bereichen Gymnasium, Realschulen, Gesamtschulen sowie anderer Schulformen im Sekundarbereich I (d.h. der Jahrgangstufen 5 bis 10). Fachspezifisch besonders ungünstig sind die Aussichten für Lehrer der Fächer Deutsch, Englisch, Geschichte. Hier reichten zuletzt nicht einmal Examensnoten um die Note 1,3 für eine unbefristete Anstellung.

>>> Die **günstigsten** Aussichten haben Lehrer folgender Unterrichtsfächer: an den allgemeinbildenden Schulen in Mathematik, Physik, Informatik, an den Gymnasien zusätzlich in Latein; an den berufsbildenden Schulen in Elektrotechnik, Metalltechnik, Informationstechnik sowie in wirtschaftlich-kaufmännischen Fächern.

>>> Auch wenn es die Politik anders zugesagt hat: Die **Verkürzung des Gymnasiums** von neun auf acht Jahre entpuppt sich als Sparprogramm. Den achtjährigen Gymnasien stehen nicht mehr so viel Lehrerstellen zur Verfügung wie den neunjährigen.

>>> Lehrermangel ist inzwischen ein Thema in allen, alten wie neuen Ländern – wenn auch jeweils aus unterschiedlichen Gründen und in verschiedenen Schul- bzw. Fachbereichen. In den neuen Ländern hat sich die nach der Wiedervereinigung stark rückläufige demographische Entwicklung etwas konsolidiert, so dass auch dort wieder ein nennenswerter Lehrerberauf vorliegt.

>>> Besonders schlecht ist die Einstellungssituation für junge Lehrer in **Berlin**. Dort gibt es mehr arbeitssuchende Junglehrer als in den hinsichtlich Schülerzahl viermal größeren Ländern Bayern bzw. Baden-Württemberg.

>>> Die Annahme, dass sich ein „Überangebot“ an Lehrern in einer Region mit dem Mangel in einer anderen Region bundesweit ausgleicht, ist falsch. Ein solches **fiktives Herumschieben** der Arbeitssuchenden und der Arbeitsstellen sieht über die Lebensumstände des Einzelnen hinweg. Vor allem aber ist nicht zu übersehen, dass es in den verschiedenen deutschen Ländern eklatante Unterschiede in den Arbeitsbedingungen für Lehrer gibt (Status, Besoldung, Lehrdeputate). Hier haben bestimmte Länder eindeutig Wettbewerbsvorteile und andere Wettbewerbsnachteile. Thüringen beispielsweise hat dies erkannt; es will sich der Verbeamtung von Lehrern annähern.

Politische Forderungen und pädagogischer Mehrwert

Bis 1999 gingen bundesweit pro Jahr jeweils 10.000 bis 12.000 Lehrer in den Ruhestand (entsprechend jährlich rund 1,5 Prozent aller Lehrer in Deutschland). Seit rund fünf Jahren gehen jährlich bis zu 20.000 Lehrer in den Ruhestand. Diese Zahl wird sich bis 2010 weiter erheblich steigern und auf jährlich bis zu 40.000 ansteigen. Bis 2022 sind rund 400.000 der derzeit aktiven knapp 800.000 Lehrer in Deutschland aus Altersgründen nicht mehr im Dienst. Selbst bei unveränderten pädagogischen Rahmenbedingungen müssen diese Lehrer trotz leicht rückläufiger Schülerzahlenentwicklung zum größten Teil ersetzt werden.

Selbst wenn es in einigen Fachbereichen ein Überangebot an Nachwuchslehrern gibt, muss ein Einstellungskorridor für Nachwuchslehrer offen bleiben. Dafür gibt es vier entscheidende **Argumente**:

>>> Die bestens und gut qualifizierten Nachwuchslehrer werden schlicht und einfach für die Sicherung bzw. Steigerung der schulischen Bildungsqualität gebraucht.

>>> Das Durchschnittsalter der aktiven Lehrerschaft nähert sich wieder den 50 Jahren. Die Schulen brauchen wieder mehr junge Lehrer.

>>> Die Klassen sind vielfach nach wie vor zu groß. Vor allem im Bereich der Sekundarstufe I gibt es in den westdeutschen Ländern immer noch zu viele Klassen mit 30 und mehr Schülern.

>>> Der Anteil des nicht regulär stattfindenden Unterrichts tendiert hin zu zehn Prozent. Im Laufe etwa einer gymnasialen Schullaufbahn summiert sich dieser Ausfall auf rund ein komplettes Schuljahr.

Diese Argumente gelten für alle 16 Länder. Sollten einzelne Länder junge Lehrer gleichwohl gar nicht mehr oder nur noch äußerst restriktiv einstellen, so müssen diese Länder damit rechnen, dass ihnen auch die bestqualifizierten Nachwuchsleute den Rücken kehren und in den Schuldienst anderer deutscher Länder übersiedeln.

Besonders strukturschwache Gebiete, deren Infrastruktur für junge Menschen nicht so anziehend ist wie die größeren Städte, sind darauf angewiesen, dass sie sich den Lehrernachwuchs sichern, der ursprünglich aus dieser Region stammt und deshalb zusätzliche Gründe hat, dorthin zurückzukehren. Müssen sich diese jungen Lehrer zunächst beruflich woanders oder gar in einem anderen Beruf etablieren, sind sie für die ländlichen Regionen als Lehrer oft auf Dauer verloren.

Schlussfolgerung

Die Schulen brauchen eine **Lehrerversorgung von 110 Prozent**, damit halbwegs ertragreiche unterrichtliche Rahmenbedingungen geschaffen sind. Die Finanzierung dieses zehnpromtigen Zuschlags an Lehrerstunden für jede einzelne Schule muss möglich sein, zumal Deutschland gemessen am Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt international allenfalls Mittelmaß ist.

Pädagogischer Mehrwert von Neueinstellungen

Eine Unterrichtsversorgung von 110 Prozent lässt nicht nur Unterrichtsausfall vermeiden, sondern sie erlaubt auch die Einrichtung von Förderkursen für schwächere und für besonders begabte Schüler. Nutznießer solcher Maßnahmen einer stärkeren individuellen Förderung wären vor allem Schüler aus Elternhäusern, die in Bildungsfragen weniger engagiert sind. Außerdem sind junge Lehrkräfte vielfach auch Multiplikatoren neuer Inhalte und Methoden sowie innovative Potentiale in den Schulen.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich (DL)

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Details zur Einstellungssituation für junge Lehrer in den deutschen Ländern können bei der DL-Geschäftsstelle angefordert werden.

Der Deutsche Lehrerverband (DL) bittet um Beachtung der nachfolgenden Presseerklärung der beiden DL-Mitgliedsverbände BLBS und VLW zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) und
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW):

BLBS und VLW fordern Versachlichung der Debatte um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)

BLBS und VLW erklären zum DQR-Beschluss der KMK:

„Der jüngste Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK), bei der Gestaltung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) die verschiedenen Arten der Hochschulreife auf der Stufe 5, die beruflichen Abschlüsse aber teilweise nur auf den Stufen 3 bis 5 der europäischen Skala von Bildungsabschlüssen zu verorten, hat manche Verärgerung provoziert. Solche Regelungen zeugen von Unkenntnis und Arroganz gegenüber der auch international anerkannten Berufsbildung in Deutschland. Wer – wie die KMK – den DQR nicht von vornherein mit einer schweren Hypothek belasten will, muss sich einer solchen Zuordnung von beruflichen Abschlüssen verweigern.“

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) wollen dazu beitragen, die emotional ausgetragene Zuordnungsdebatte zu versachlichen.

Nach der Auffassung beider Verbände könne der DQR nämlich nur dann Akzeptanz erlangen, wenn die Zuordnungen analytisch sauber an den Beschreibungen der verschiedenen Niveaustufen erfolgten. Beide Verbände fordern daher, die jetzt im Raum stehenden Zuordnungsvorschläge vor dem Hintergrund des DQR-Textes durch eine unabhängige Kommission prüfen zu lassen und erst dann anzuerkennen. Nur so könne den teilweise tendenziösen und interessengeleiteten Statements der Sozialpartner und anderer Bildungseinrichtungen rational entgegengetreten werden.

Der BLBS und der VLW setzen sich für folgende Grundsätze ein, die bisher die Arbeit am DQR bestimmt haben:

- Der DQR war als Transparenzinstrument bildungsbereichsübergreifend angelegt und muss es bleiben.
- Die Gleichwertigkeit von Berufsbildung und Allgemeinbildung darf nicht in Frage gestellt werden und muss sich in den Zuordnungen vorurteilslos ausdrücken.
- Die umfassende Handlungskompetenz ist der zentrale Anspruch im DQR. Sie wird aber nicht nur in betrieblichen Arbeitsfeldern, sondern auch in schulischen Lernfeldern erworben und nachgewiesen.
- Die Beibehaltung des Konsensprinzips in der Diskussion über den DQR einschließlich der Zuordnung von Abschlüssen muss erhalten bleiben.

Für den Inhalt verantwortlich: Berthold Gehlert (BLBS), Dr. Ernst G. John (VLW)

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

02.12.2011

„Durchwachsene Bilanz nach exakt zehn Jahren PISA-Debatte“

Am 4. Dezember jährt es sich zum zehnten Mal, dass die ersten Ergebnisse des PISA-Tests veröffentlicht wurden. Der Deutsche Lehrerverband (DL) zieht eine „durchwachsene Bilanz“. Verbandspräsident Josef Kraus sagte dazu wörtlich:

„Es war gut und überfällig, dass das Thema Bildung unter anderem durch die PISA-Debatte wieder in die Schlagzeilen und auf vordere Plätze der politischen Tagesordnung kam. Positiv ist auch, dass die 16 deutschen Länder via Kultusministerkonferenz dynamischer als zuvor zu Einigungen kamen, beispielsweise bei der Festlegung von Standards. Dass 15 deutsche Länder mittlerweile ein Zentralabitur haben, gehört ebenfalls zu den positiven Folgen der PISA-Debatte.

Wenig hilfreich war der Verlauf der PISA-Debatte in der Frage der Schulstruktur. Eigentlich wurde diese Frage mit der innerdeutschen PISA-Erweiterungsstudie (PISA-E) eindeutig beantwortet. Sämtliche innerdeutschen Vergleiche zeigen nämlich, dass deutsche Länder gut bis sehr gut abschneiden, wenn ihre Schulwesen folgenden Kriterien entsprechen: hohe Unterrichtsdichte, hoher Verbindlichkeitsgrad der Lehrpläne, möglichst differenziertes Schulsystem und anspruchsvolle, verbindliche Abschlussprüfungen in allen Schulformen. Die Auslegung der PISA-Studie als Beleg für die angebliche Überlegenheit integrierter Gesamt- oder Gemeinschaftsschulmodelle dagegen war und bleibt abwegig. Abwegig ist und war es auch, aus PISA die angebliche soziale Undurchlässigkeit des Schulwesens abzuleiten. PISA testet schließlich Fünfzehnjährige inmitten ihrer Bildungslaufbahn. Zu diesem Zeitpunkt aber ist eine Bildungslaufbahn nicht abgeschlossen, und somit werden mit PISA auch die vielen Wege der Durchlässigkeit des deutschen Schulwesens nicht erfasst.

Mittel- und langfristig der wohl größte Schaden, den PISA und die PISA-Debatte angerichtet haben, dürfte eine fortschreitende Verengung des Verständnisses von Bildung sein. Im Zuge dieser Debatte wurde völlig vernachlässigt, dass PISA weite Bereiche schulischer Bildung überhaupt nicht erfasst – nämlich das Wissen und Können der Schüler im sprachlichen Ausdrucksvermögen sowie etwa in den Bereichen Literatur, Geschichte, Geographie, Politik, Religion/Ethik, Kunst, Musik und dergleichen. Die Folge dieses verengten Bildungsbegriffs, der hinter PISA steckt, war unter anderem, dass eine Debatte um die Bedeutung dieser wichtigen Bildungsbereiche nicht mehr stattfand und selbst schulische Prüfungsverfahren auf PISA-Testmethode getrimmt wurden. Zum Beispiel gibt es mittlerweile schulische Deutschtests, in denen Schüler nur noch Kreuzchen setzen oder Lückentexte ausfüllen müssen.

Der Politik ist dringend zu empfehlen, dass sie die Debatte um PISA tieferhängt, die Schulen sich nach zahlreichen Reformen konsolidieren lässt, die Schulen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall endlich mit 105 Prozent Lehrerstunden ausstattet und für den Erwerb eines mittleren Schulabschlusses eine zentrale Abschlussprüfung installiert.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher, Karen Ullrich

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

03.11.2011

Lehrerverband fordert:

„Die Kultusminister müssen in der Sache „Schultrojaner“ schleunigst handeln“

Die 16 deutschen Länder haben einer Fahndung nach urheberrechtlich geschützten Materialien mittels Durchsuchung von Lehrercomputern an Schulen zugestimmt. Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat diese Maßnahme scharf kritisiert.

Im Einzelnen sagte DL-Präsident dazu:

„Wir Lehrer haben von dieser Absicht nichts gewusst. Damit erleben wir zum wiederholten Mal, dass in Gutsherrenart über unsere Köpfe hinweg entschieden wird. Hier wird ein Generalverdacht über einen ganzen Berufsstand genährt. Im Übrigen handeln Lehrer in der Gestaltung ihres Unterrichts im Auftrag von Legislative und Exekutive. Damit können Lehrer gemäß Grundgesetz Artikel 34 die sog. Staatshaftung in Anspruch nehmen. Immerhin waren die Lehrer über die Durchsuchungsmaßnahme nicht hinreichend informiert, so dass bei Verstößen gegen das Urheberrecht kein Vorsatz oder keine grobe Fahrlässigkeit vorliegen können.

Anstatt Computer ausspionieren zu lassen, sollten die Kultusminister mit den Verlagen schleunigst etwas Praktikables aushandeln, was gleichermaßen dem Urheberrecht und den praktischen Erfordernissen einer zeitgemäßen Unterrichtsgestaltung entspricht.“

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Nummer erreichbar:
0171 – 5245945

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

09.09.2011

Lehrerverband zum Tag der deutschen Sprache am 10. September 2011

"Unsere Schüler brauchen eine Stärkung des Deutschunterrichts"

- „Kein Schulfach hat so gelitten wie das Fach Deutsch“
- „Irrwege bei der Behandlung der deutschen Sprache in der Schule verlassen!“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die Kultusminister der 16 deutschen Länder anlässlich des Tages der deutschen Sprache vom 10. September 2011 aufgefordert, den Deutschunterricht zu stärken und zurückliegende gravierende Mängel in der schulischen Behandlung der deutschen Sprache abzubauen.

Verbandspräsident Josef Kraus sagte dazu wörtlich:

„Das Fach Deutsch ist dasjenige Fach, das in der jüngeren deutschen Schulgeschichte am meisten gelitten hat. Es hat viele Stunden und einen verbindlichen Lektürekanon verloren, der vorgegebene Grundwortschatz von Zehnjährigen wurde auf lächerliche 700 Wörter reduziert, statt dem Abfassen von längeren Texten verlangt man von den Schülern mehr und mehr nur noch das Ankreuzen von Multiple-Choice-Tests und das Vervollständigen von Lückentexten. Auch die Rechtschreibreform hat nicht gerade zu mehr Schreibsicherheit beigetragen, und einzelne deutsche Ländern sind dabei, die bewährte Ausgangsschrift abzuschaffen.“

Leidtragende dieser Erleichterungspädagogik sind die jungen Leute, deren sprachliche Kompetenz nicht nur wegen der neuen Medien, sondern eben auch wegen so mancher schulpolitischer Sünden gelitten hat. Insofern braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein gewisser Anteil von Schulabgängern als nicht ausbildungsreif eingeschätzt wird.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist aber das A und O aller Erfolge in Schule, Berufsausbildung und Studium. Deshalb sollten die 16 deutschen Schulminister dem Schulfach Deutsch endlich wieder mehr Bedeutung, mehr Unterrichtsstunden und verbindliche Inhalte zugestehen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter der Rufnummer 0171 52 45 945 zu erreichen.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

07.09.2011

Lehrerverband zum Weltalphabetisierungstag am 8. September

„Kampf gegen Analphabetismus auch in Deutschland forcieren!“

- „Ein Wegfall der Hauptschule könnte das Problem verschärfen“

Zum Weltalphabetisierungstag am 8. September ruft der Deutsche Lehrerverband (DL) die auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Verantwortlichen dazu auf, die Bekämpfung des Analphabetismus auch in Deutschland zu forcieren.

Im Einzelnen erklärte DL-Präsident Josef Kraus dazu:

„In einer weitgehend computer- und maschinengestützten Arbeitswelt verschwinden immer mehr Arbeitsplätze, die sich Menschen ohne ausreichende Schreib- und Lesekenntnisse als Nischen suchen konnten. Deswegen müssen die Schulen, vor allem die Pflichtschulen, in die Lage versetzt werden, lese- und schreibschwache Schüler differenziert zu fördern. Wenn den Kindern in den Familien nicht die Freude am Lesen und am Buch vermittelt wird, müssen die Schulen genügend personelle, finanzielle und zeitliche Mittel zur Verfügung haben, um dieses Defizit aufzufangen. Ein späteres Kurieren ist erheblich schwieriger.“

Kraus sieht gerade auch in der in mehreren deutschen Ländern vollzogenen bzw. geplanten Zusammenlegung der Haupt- und der Realschulen die Gefahr, dass gerade die im Lesen und Schreiben schwächeren Schüler weniger Aufmerksamkeit und Förderung erfahren als in einer kleinen Hauptschulklasse, in der entsprechend erfahrene Pädagogen sich um die Lese- und Schreibdefizite ihrer Schüler intensiver kümmern können.

Informationen zur Lage in Deutschland:

Das Ausmaß des Analphabetismus in Deutschland ist höher, als jahrelang angenommen worden war. Nach einer Studie des Bundesbildungsministeriums, die im März 2011 veröffentlicht wurde, sind etwa 7,5 Millionen Menschen in der Altersgruppe zwischen 18 und 64 Jahre vom funktionalen Analphabetismus betroffen; sie können allenfalls einzelne Sätze lesen und schreiben, sind aber schon von kürzeren zusammenhängenden Texten überfordert. Etwa 2,3 Millionen Menschen in dieser Gruppe können sogar nur einzelne Worte schreiben oder lesen. Bisher hatten die Schätzungen bei etwa 4 Millionen funktionalen Analphabeten gelegen.

Weitere 13,3 Millionen Erwachsenen, die zusammenhängende Texte zwar verstehen, lesen und schreiben auch bei gebräuchlichen Wörtern langsam und/oder fehlerhaft. Das führt häufig dazu, dass sie Lesen und Schreiben weitgehend vermeiden.

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter 0171 52 45 945 zu erreichen.

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

02.09.2011

Lehrerverband lehnt Streikrecht für Lehrer ab

„Lehrer nehmen hoheitliche Aufgaben wahr!“

Nach einem Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichtes vom 01.09.2011 dürfen Beamte unter bestimmten Bedingungen streiken. Dabei sei Voraussetzung, dass sie nicht hoheitlich tätig seien, teilte das Gericht mit. Das Gericht gab in seinem Urteil einer Lehrerin aus dem Landkreis Kassel Recht, die gestreikt hatte und deshalb mit einer schriftlichen Missbilligung wegen Verletzung ihrer Dienstpflichten belegt worden war.

Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, betonte, er habe kein Verständnis für das Kasseler Urteil: „Die Tätigkeit der Lehrerschaft an Schulen ist sehr wohl eine hoheitliche Aufgabe. Denn Lehrer greifen mit ihren schulrechtlichen Entscheidungen in Grundrechte ein, indem sie etwa Schülern aufgrund schulischer Leistungen Abschlüsse zuerkennen oder verweigern. Das ist nicht nur staatliche Leistungsverwaltung, sondern staatliche Eingriffsverwaltung, die in die Hand von verbeamteten Hoheitsträgern gehört. Das Streikverbot der verbeamteten Lehrer und die Friedenspflicht der angestellten Lehrer korrespondiert mit der Schulpflicht der Schüler, deren Bildungsrechte durch ein Streikrecht der Lehrer verletzt werden würden.“

Das Streikverbot für Lehrer schütze den Bildungsanspruch der Schüler, so Kraus weiter: „In Ländern ohne Streikverbot für Lehrer wird zum Teil sogar der Prüfungsbetrieb am Ende eines Jahres lahmgelegt, es verzögert sich der Übergang ins Berufsleben und Studium, weil Lehrer wochenlang streiken.“

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

17.08.2011

Massive Kritik des Lehrerverbandes:

„Bildungsmonitor ist irreführend und wissenschaftlich peinlich“

- Warnung vor einer „Verzweckung von Bildung“

Für den Deutschen Lehrerverband (DL) ist der soeben veröffentlichte Bildungsmonitor 2011 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) „irreführend und wissenschaftlich peinlich“. Im Einzelnen nannte DL-Präsident Josef Kraus einige Belege für diese Kritik:

„Irreführend ist *erstens*, dass sich die Verantwortlichen für dieses Monitoring erneut von Quoten blenden lassen. Dabei müsste man doch längst wissen, dass sich Qualität und Quote reziprok verhalten und dass hohe Quote oft um den Preis einer Absenkung von Ansprüchen erkaufte wird. Das Beispiel Bremens etwa mit dem Spitzenplatz bei der Akademisierung belegt dies. Denn dieser vermeintliche Spitzenplatz wird – wie alle PISA-Studien belegen – um den Preis eines niedrigen Anspruchsniveaus erkaufte.

Irreführend ist *zweitens*, dass in der INSM-Studie Länder beim Faktor Integration auf Spitzenplätzen landen, die aufgrund der Umstände keinerlei Probleme mit einer multiethnischen Jugend und die zudem geringe Geburtenraten haben. Während die drei größten Bundesländer NRW, Bayern und Baden-Württemberg beispielsweise Migrantenanteile von 20 bis 35 Prozent haben, sind es in Sachsen und Thüringen zwischen drei und fünf Prozent.

Irreführend ist *drittens*, dass in der Studie zwar 111 Kriterien aufgelistet werden, eines der wichtigsten Kriterien für Bildungsqualität, nämlich die Unterrichtsdichte, nicht vorkommt.

Irreführend ist *viertens*, dass mit der INSM-Studie so getan wird, als gingen hohe Abschluss- und Betreuungsquoten mit günstigen Wirtschaftsdaten einher. Das ist aber mitnichten der Fall. Die von der INSM für Bildung ausgewiesenen Rankingplätze der Bundesländer decken sich keineswegs mit deren ökonomischen Daten, zum Beispiel mit einer niedrigen Quote an Arbeitslosen bzw. an arbeitslosen Jugendlichen.“

Kraus forderte die INSM auf, Studien dieser Art zukünftig auf eine seriöse Basis zu stellen oder ganz zu unterlassen. In der vorliegenden Form sei „dieser Zahlen- und Ranking-Salat wissenschaftlich peinlich und überflüssig wie ein Kropf“. Eine solche Studie befördere allenfalls den Trend, Bildung immer noch mehr zu verzwecken und unter das Diktat der Ökonomie zu stellen.

Hinweis:

Der Deutsche Lehrerverband hat sich kürzlich auf seiner Jahrestagung 2011 in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung kritisch mit der Frage „Wozu Bildungsökonomie?“ sowie mit einer Fixierung der Bildungspolitik auf Testergebnisse und Quoten befasst. Die sechs Vorträge dieser Tagung werden demnächst in einer Dokumentation veröffentlicht. Ferner wird im bevorstehenden Herbst eine Studie von DL-Präsident Josef Kraus mit dem Titel „Das Schulleistungsgefälle in Deutschland – Fakten, Diagnosen und Hintergründe“ erscheinen.

Hinweise zu beiden Publikationen erhalten Sie rechtzeitig auf der Webseite des Deutschen Lehrerverbandes unter www.lehrerverband.de.

Für den Inhalt verantwortlich: Karin Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Rufnummer zu erreichen: 0171 52 45 945.

PRESSEMITTEILUNG

11.08.2011

Deutscher Lehrerverband und Bundesstiftung Aufarbeitung zum 13. August:

Mauerbau sollte Schwerpunkt im Schulunterricht werden

Rainer Eppelmann und Josef Kraus warnen vor einem „zeitgeschichtlichen Analphabetismus“

Berlin, 12.08.2011. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Rainer Eppelmann und der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus fordern anlässlich des anstehenden 50. Jahrestags des Mauerbaus vom 13. August 1961 gemeinsam, in den Schulen die Vermittlung der Zeitgeschichte der beiden Staaten in Deutschland zu intensivieren. Vorhandene Bildungsangebote sollten im Jubiläumsjahr stärker genutzt werden.

Der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus sagte: „Das zeitgeschichtliche Wissen der jungen Generation ist erschreckend dürftig. Es breitet sich mehr und mehr ein zeitgeschichtlicher Analphabetismus aus.“ Rainer Eppelmann erklärte: „Der 50. Jahrestag des Mauerbaus soll ein Anlass sein, dieses einschneidende Ereignis sowie dessen Hintergründe und Konsequenzen zu Beginn des neuen Schuljahrs aufarbeiten. Die ältere Generation, die den Mauerbau und die deutsche Teilung noch bewusst erlebt hat, ist aufgerufen, ihre Erlebnisse und Erfahrungen den Jüngeren mitzuteilen.“

Zugleich wandte sich Rainer Eppelmann vehement gegen jede Art von Verklärung der DDR und des Mauerbaus. „Die Geschichte der deutschen Teilung und der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland muss zu einem gesamtdeutschen Thema werden“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung. „Vor allem die nach 1990 geborenen Menschen sollten die historischen Zusammenhänge verstehen lernen. Dazu gehört, dass die SED-Herrschaft sich im August 1961 nur durch Zwang und Gewalt behaupten konnte.“ Josef Kraus betonte: „Die DDR war ein Unrechtssystem, das Tausende von Menschenleben, Zigtausende von politischen Gefangenen und Millionen von Bspitzelungen zu verantworten hat. Das muss allen Schülern im geeinten Deutschland, in Ost und West, bewusst gemacht werden.“

Massive Kritik übte Kraus an der Behandlung des Faches Geschichte in Deutschland: „Der Geschichtsunterricht nimmt in vielen Bundesländern zu wenig Unterrichtszeit ein. Im Vergleich zu den sogenannten Kernfächern und den zweifellos wichtigen MINT-Fächern wird das Fach Geschichte mit durchschnittlich zurzeit nur 1,3 Wochenstunden sträflich vernachlässigt. Das Fach Geschichte muss in den weiterführenden Schularten aller Bundesländer wieder ein eigenständiges, zweistündiges Fach werden.“ Kraus wandte sich auch gegen die Vorstellung, im Fach Geschichte komme es nicht auf konkretes Detailwissen, sondern nur auf methodisches Können an. Auch im Fach Geschichte sei kanonisches Fachwissen notwendig. Ohne diese Kenntnisse sei die Einordnung und Bewertung historischer und zumal zeitgeschichtlicher Ereignisse nicht möglich.

PRESSEMITTEILUNG

11.08.2011

Nach Ansicht von Rainer Eppelmann sollte das breite Bildungsangebot zu diesem Thema noch stärker als bisher genutzt werden: „Für den Schulunterricht stehen eine Vielzahl von Bildungsangeboten, Ausstellungen, Publikationen und Filmen zur Verfügung. Insbesondere Zeitzeugenarbeit ist ein hervorragendes Instrument, um junge Leute für das Thema zu sensibilisieren. Bundesweit wird so ein besonders lebendiger Unterricht möglich.“

Über das Portal www.zeitzeugenbuero.de der Bundesstiftung Aufarbeitung können sich Schulen und andere Bildungsträger über Zeitzeugen der SED-Diktatur informieren und auch selbst in den Unterricht einladen.

Eine Vielzahl von Bildungsangeboten zum Thema SED-Diktatur und deutsche Teilung finden sich unter: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/bildungsarbeit-1130.html>

Weitere Informationen erhalten Sie
von Tilman Günther, Pressesprecher der Bundesstiftung Aufarbeitung,
Telefon: **030 31 98 95 225** oder E-Mail: t.guenther@stiftung-aufarbeitung.de

oder von Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes,
Telefon: **0171 52 45 945** oder E-Mail: info@lehrerverband.de

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur | Kronenstraße 5 | 10117 Berlin | www.stiftung-aufarbeitung.de

Deutscher Lehrerverband | Dominicusstr. 3 | 10823 Berlin | 030 70 09 47 76 | www.lehrerverband.de

PRESSEERKLÄRUNG

10823 Berlin - Dominicusstr. 3 – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

24. Juni 2011

Lehrerverband:

„CDU-Oberschule ist eine Mogelpackung“

- „CDU eilt von einer programmatischen Kernschmelze zur nächsten“
- Warnung vor einer „Legendenbildung um das sächsische Schulwesen“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat sich eindeutig gegen die Pläne der CDU ausgesprochen, zukünftig Hauptschule und Realschule zu einer Oberschule zusammenzufassen. DL-Präsident Josef Kraus sagte dazu:

„Diese Oberschule ist eine Mogelpackung. Historisch ist der Begriff Oberschule mit der Vorstellung verbunden, dass diese Schule zu einem Hochschulstudium führt. Nur die DDR und Berlin haben die Oberschule über Jahrzehnte hinweg anders definiert. Unter dem Strich verabschiedet sich die CDU mit ihrer Oberschul-Konzeption von ihrem jahrzehntelang vertretenen Grundsatz, dass eine Mehrgliedrigkeit und nicht nur eine Zweigliedrigkeit des Schulwesens die Basis für individuelle schulische Förderung ist. Aus der Sicht der CDU scheint dieser Grundsatz für die bisherigen Realschüler und Hauptschüler nicht mehr zu gelten.“

Mit Blick auf verschiedene programmatische Wendungen der CDU in jüngster Zeit fügte Kraus hinzu: „Nachdem die CDU bereits in anderen Politikbereichen ihr Kernprofil verwischt hat, inszeniert sie nun auch schulpolitisch eine Kernschmelze.“

Kraus kritisierte zugleich, dass die CDU das sächsische Schulwesen zum bundesweiten Modell erkläre. Wörtlich: „Ich warne vor einer neuen schulpolitischen Legendenbildung. Gewiss hat Sachsen bei Schulleistungstests oft gut abgeschnitten. Zum einen aber gilt das nicht für die Fremdsprachenkenntnisse sächsischer Schüler. Zum zweiten liegen Sachsens Schulen mit rund fünf Prozent Migrantenanteil weit unter den 20 bis 35 Prozent Migrantenanteilen westdeutscher Flächenländer. Und zum dritten hat Sachsen mit einer Mindestnote von 2,0 im Grundschulzeugnis die strengsten Vorgaben beim Übertritt an ein Gymnasium. Vor diesem Hintergrund mag die sächsische Mittelschule ja gut funktionieren. Ihre Rahmenbedingungen lassen sich aber nicht auf westdeutsche Länder übertragen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich, Anne Schirmmacher

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

AKTUELL

10823 Berlin – Domicusstr. 3 – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

Schreiben des DL-Präsidenten Josef Kraus an Peter Hahne, Kolumnist der Bild am Sonntag

In der Ausgabe der "Bild am Sonntag" vom 12. Juni 2011 schreibt Kolumnist Peter Hahne über Lehrer. Sein Beitrag schließt, nachdem Hahne zuvor immer wieder auf die angeblich viele Freizeit der Lehrer angespielt hat, mit folgendem Satz: "Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer ..., die den Unterricht nicht als störende Unterbrechung ihrer Freizeit empfinden."

DL-Präsident Josef Kraus hat Peter Hahne dazu folgenden Brief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Hahne,

mit ihren BamS-Pfingst-„Gedanken“ gelingt Ihnen etwas, was eigentlich kaum noch möglich schien. Sie untertunneln mit dieser Kolumne sogar das Niveau eines Gerhard Schröder, für den alle Lehrer „faule Säcke“ sind. Weiter so! Wenn Schüler und Eltern die Schule überhaupt nicht mehr ernstnehmen sollen, dann bitte immer kräftig hinein in diese Kerbe!

Auch auf die Gefahr hin, dass Sie dagegen immun sind, gebe ich Ihnen folgendes zur Kenntnis:

1. Fakt ist: Ein Lehrer, der etwa die Fächer Deutsch und Englisch unterrichtet, korrigiert pro Schuljahr – mehrere Ferienwochen eingeschlossen – ca. 1.000 Stunden. Damit hat er noch keinen Unterricht vorbereitet oder gar gehalten, an keiner Konferenz teilgenommen, keine Klassenfahrt geplant bzw. geleitet und kein Elterngespräch geführt. Aber das können Sie nicht wissen, weil Sie sich lieber an Stammtisch-Klischees anhängen.

2. Vielen Dank auch für einen Arbeitstag für Lehrer von 8 bis 16 Uhr! Für die allermeisten Lehrer wäre dies eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit. Die Korrektur von Abschlussklausuren bzw. Klassenarbeiten dauert dann aber so lange wie die Abfassung eines Gerichtsurteils.

Sie sollten einmal Karl Jaspers lesen: „Es ist ein Schicksal des Volkes, welche Lehrer es hervorbringt und wie es seine Lehrer achtet.“ Mit anderen Worten: Mit dieser Kolumne eines Peter Hahne ist keine „Bildungsrepublik“ zu machen.

Im Übrigen bin ich mal gespannt, wann Sie sich andere Berufsgruppen vornehmen. Drei Vorschläge: Ein Pfarrer arbeitet nur, wenn er gerade predigt oder einen Verstorbenen beerdigt. Ein Richter arbeitet nur, wenn er gerade im Gerichtssaal sitzt. Ein Journalist arbeitet nur, wenn er gerade eine Redaktionskonferenz hat.

Mit herzlichen Grüßen
Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)

P.S.

Ich bin gerne bereit, mit Ihnen in einen Dialog über den Lehrerberuf in Deutschland einzutreten. Vielleicht lesen Sie dazu vorab einmal, was ich in Rundfunk- und anderen Vorträgen über den Lehrer als (glücklichen) Sisyphos gesagt und geschrieben habe.

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

14.06.2011

„CDU-Bildungspolitik auf dem Weg in die Profillosigkeit“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sieht die Bildungspolitik der CDU programmatisch und personell immer mehr auf dem Weg in die Profillosigkeit. Zur Ankündigung der CDU, man wolle Haupt- und Realschule zukünftig zu einer Oberschule zusammenlegen, sagte Kraus:

„Die Zweigliedrigkeit des Schulwesens ist ein Irrweg. Zum einen wird auf diesem Wege das Profil einer der erfolgreichsten und beliebtesten Schulformen, nämlich der Realschule, verwässert. Zum anderen wird die Oberschule keineswegs den Belangen und den Förderbedürfnissen der bisherigen Hauptschüler gerecht.

Seltsam mutet an der neuen CDU-Programmatik auch an, dass zukünftig offenbar alle Schulformen zu einer Studierberechtigung führen sollen. Mit dieser Zielsetzung diskreditiert die CDU alle älteren und jüngeren Menschen, die ihren Weg in Beruf und Gesellschaft über eine solide berufliche Bildung machen. Dies wird auch dazu führen, dass sich Studierberechtigung und Studierbefähigung immer noch mehr voneinander entfernen.“

Kraus zweifelt darüber hinaus am konkreten bildungspolitischen Gestaltungswillen der CDU. Wörtlich kritisierte er: „Eine CDU, die plakativ den Föderalismus hochhält und in sieben der deutschen Länder den Regierungschef stellt, die aber nur in zwei dieser Länder das Amt des Schulministers besetzt, hat sich bereits vor Jahren aus der Schulpolitik verabschiedet. Damit herrscht hier wie in manch anderen Politikbereichen in der CDU die blanke Beliebigkeit.“

Für den Inhalt verantwortlich:
Karin Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

Abs: Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Dachauer Str. 44 a, 80335 München

Offener Brief an

Frau Bundesministerin
Dr. Annette Schavan
Stv. Bundesvorsitzende der CDU Deutschland
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Dienstszitz Berlin
Hannoversche Straße 28-30
10115 Berlin

München, 01.07.2011

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Schavan,

als Vertreter der Lehrer und Lehrerinnen an Realschulen in Deutschland, die den Bildungsgang der Realschule aufgrund ihrer Ausbildung und Lehrtätigkeit kennen und die sich für diese Schulart und ihre Schüler verantwortlich fühlen, sind wir mehr als befremdet, ja vor den Kopf gestoßen über den plötzlichen bildungspolitischen Gesinnungswandel der CDU. Offensichtlich sehen hauptsächlich die Einheitsschulbefürworter den Schwenk zur Zweigliedrigkeit positiv und zollen Ihnen entsprechenden Beifall. Wir sehen uns dagegen verpflichtet - und wissen uns einig mit den Elternverbänden der Realschulen und Wirtschaftsvertretern, auch im Interesse der 1,4 Millionen Realschülerinnen und Realschüler sowie der knapp 1 Million Hauptschüler und Hauptschülerinnen nachdrücklich -, vor diesem Schritt zu warnen. Um unseren Anliegen Gehör zu verschaffen, wählen wir die Form eines Offenen Briefes, den wir in Abdruck auch an Frau CDU-Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel und an Herrn CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer persönlich richten.

Sie selbst haben noch vor wenigen Jahren als Landesministerin das vielgliedrige, differenzierte Schulsystem mit guten Argumenten verteidigt und gleichzeitig erfolgreich weiter entwickelt. Wir sind uns gewiss, dass diese Argumente auch heute noch Gültigkeit besitzen. Deshalb appellieren wir dringend an Sie, den Grundsatzbeschluss nochmals zu überdenken und von einer Kehrtwende im bildungspolitischen Programm der CDU Abstand zu nehmen. Es steht dabei auch die Glaubwürdigkeit der CDU als „Partei der Mitte“ auf dem Spiel.

Unsere Bedenken und Sorgen um den Bildungsstandort Deutschland möchten wir Ihnen hier in einigen gewichtigen Argumenten vortragen:

1. Der Schülerrückgang, der im CDU-Konzept als Grund für eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen herhalten muss, wird alle Schularten mehr oder minder stark treffen. Warum man glaubt, Realschulen und Hauptschulen trotz völlig unterschiedlicher Anforderungsprofile und pädagogischer Konzepte einfach zusammenzuwerfen und zwangsfusionieren zu können und nicht nach anderen kreativeren Lösungen sucht, ist für uns nicht nachvollziehbar. So wären zum Beispiel sinnvolle Kooperationen von Schularten oder Schulen wesentlich Ziel führender für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, um fließende Übergänge zwischen Schularten und Bildungsgängen zu ermöglichen.

2. Zweigliedrigkeit ist aus unserer Sicht ein trügerisches Schulmodell und letztlich eine Scheinlösung. Es suggeriert eine Übersichtlichkeit des Schulangebots, schafft scheinbar einfache Lösungen, verdeckt und verschleiert aber die wahren Probleme und Konsequenzen. Man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass Schulreformen allein nach äußeren Gesichtspunkten (u. a. politischer Aktionismus) veranlasst werden ohne Rücksicht auf das Bildungsniveau und auf die pädagogischen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen.

3. Für uns steht außer Frage, dass mit der Zweigliedrigkeit Bildungsziel und Anspruchsniveau der Schulform Realschule aufgegeben bzw. deutlich abgesenkt werden und ein Fluchtverhalten von Realschülern an das Gymnasium eingeleitet wird. Für die Lösung des rein schulorganisatorischen Problems aufgrund des Schülerrückgangs soll die erfolgreich arbeitende eigenständige Realschule geopfert werden – auch der Name soll verschwinden - und es wird der Weg in die nivellierende Einheitsschule geebnet. Das widerspricht eindeutig der hohen Wertschätzung, welche die Realschule genießt. Das Zwei-Säulen-Modell ist eine Vorstufe zur Gesamtschule, weil die Lerngruppen nicht mehr nach Begabungen zusammengesetzt werden können. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis das jetzt noch selbständige Gymnasium entweder ganz integriert wird oder Gesamtschulcharakter annimmt.

4. Wir sehen es mit großer Sorge, dass den betroffenen Realschülern und Realschülerinnen Bildungschancen entzogen werden. Der durchaus große Bildungswille dieser Schülergruppe läuft Gefahr, unterzugehen, denn eine fusionierte Haupt-Realschule wird in der Praxis in vielen Fällen keine durchgehende, anspruchsvolle und adäquate Differenzierung in allen Fächern für Haupt- und Realschüler anbieten können. Das schadet sowohl den Hauptschülern wie auch den Realschülern. Außenstehenden ist dies zu wenig bekannt und wird dann gerne mit dem Argument umgedeutet, gemeinsames Lernen sei sozial sinnvoll. Dass das Lernniveau auf der Strecke bleibt, interessiert nicht. Ein Bildungswesen mit zwei Säulen/Wegen erinnert sehr an eine Zwei-Klassen-Gesellschaft mit „höherer“ und „niederer“ Bildung wie im

19. Jahrhundert. Die Realschule hat sich dort als Schule des sozialen Aufstiegs durch Bildung entwickelt und gilt als solche heute noch. Auch Hauptschüler und Realschüler haben ein auf sie angepasstes Bildungs- und Förderangebot verdient und sind nicht Schüler zweiter Klasse.

5. Die eigenständige Realschule ist bisher aufgrund der hohen Bildungsleistungen eine wesentliche Basisschule für den Übertritt an das Gymnasium und die Fachoberschule. Bis zu 40 Prozent eines Jahrgangs erreichen über die Realschule ein Hochschulstudium gerade in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern. Auch das ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt. Mit einer Niveauabsenkung würden diese wertvollen Weiterbildungsmöglichkeiten eingeschränkt zum Schaden für den Einzelnen wie auch für die Volkswirtschaft.

6. Die Zusammenlegung von Realschulen mit Hauptschulen kostet Millionen Euro zusätzlich bei deutlich geringerem Fördereffekt, wie uns alle Bildungsstudien belegen. Für das Bildungswesen ergibt sich nach unserer Auffassung kein sichtbarer Vorteil, im Gegenteil, das Bildungsniveau sinkt, Fördermöglichkeiten werden deutlich eingeschränkt und die deutschlandweit kostengünstigste Schulart, die Realschule, wird mit nicht nachvollziehbaren Begründungen geopfert. Wäre es da nicht sinnvoller, das Geld für eine Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen, für Weiterentwicklung sowohl der Haupt- wie auch der Realschulen und für die Einstellung von deutlich mehr Lehrern zur individuellen Förderung in kleineren Klassen anzulegen?

7. Das Schlechtreden der Hauptschule und der Hauptschulbildung muss ein Ende haben. Hier wird von den Kolleginnen und Kollegen eine hervorragende pädagogische Arbeit geleistet und es werden sehr gute Schulerfolge erzielt. Mehr Unterstützung und Anerkennung haben die Schulart, ihre Schüler und ihre Lehrkräfte verdient, vor allem auch durch Politik und Medien. Wer nur einen einseitigen Blick auf die akademische Bildung richtet, missachtet letztlich alle Menschen mit anderer Begabung und die Tatsache, dass die berufliche Bildung in Deutschland beste Lebensperspektiven eröffnet und eine gleichbedeutende Wertschätzung und Anerkennung verdient hat.

8. Das sächsische Schulmodell mag für dieses Bundesland seine historische und gesellschaftliche Berechtigung haben, aber es ist eine Tatsache, dass die Realschulansprüche in zweigliedrigen Systemen mit dem Niveau eigenständiger Realschulen nicht Schritt halten können. Das zeigt sich bei den Abschlussprüfungen ebenso wie bei den PISA-Ergebnissen. Für zumindest fragwürdig halten wir im Übrigen die Bezeichnung „Oberschule“, da sie an die DDR-Bezeichnung „Polytechnische Oberschule“ erinnert und den Eltern suggeriert, dass damit der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung verbunden ist.

9. Mit der Zweigliedrigkeit würde sich die CDU trotz anderslautender Beteuerungen von einem differenzierten Schulangebot mit passgenauer und adäquater Förderung unterschiedlicher Begabungen verabschieden, was bisher die Stärke des Standorts Deutschland ausgemacht hat und um das uns viele Länder beneiden. Ein Blick in Nachbarstaaten mit Gesamtschulsystemen zeigt die negative Entwicklung zu einer Abwertung staatlicher Schulangebote, zu einem sehr problematischen Übergang in das Berufsleben mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 30 % und mehr bis hin zu einem selektiven Privatschulwesen mit sehr negativer Auswirkung auf die Bildungsgerechtigkeit, was in Deutschland bisher vermieden werden konnte.

Sehr geehrte Frau Dr. Schavan, als Bundesministerin für Bildung und Forschung haben Sie sicher ein besonderes Interesse an einer Bildung und Ausbildung der jungen Menschen von hoher Qualität, auch und gerade bei der starken Schülergruppe außerhalb des Gymnasiums. Mit dem Kurs zur Zweigliedrigkeit wird das hohe gesellschaftliche Gut eines anspruchsvollen, effektiven und mehrfach differenzierten Bildungssystems nicht nur gefährdet; es wird zur Disposition gestellt. Wir bitten Sie daher nochmals, sich auch mit den Folgen eines derartigen Umstellungsbeschlusses intensiv auseinanderzusetzen. Wir laden Sie und den CDU-Bundesvorstand gerne ein, Realschulen zu besuchen, um sich selbst ein Bild von der hohen Leistungsfähigkeit eines differenzierten Schulwesens mit eigenständigen Schularten zu machen, so wie dies alle wissenschaftlichen Studien für Deutschland und Bayern (mit höchster Schulqualität) bestätigen.

Mit den besten und freundlichen Grüßen

Jürgen Böhm

Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR)

Anton Huber

*Stv. Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR)
Landesvorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbandes (brlv)*

Abdruck an:

**Frau Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Herrn Horst Seehofer, Vorsitzender der Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
Nymphenburger Straße 64
80335 München

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

14.06.2011

„CDU-Bildungspolitik auf dem Weg in die Profillosigkeit“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sieht die Bildungspolitik der CDU programmatisch und personell immer mehr auf dem Weg in die Profillosigkeit. Zur Ankündigung der CDU, man wolle Haupt- und Realschule zukünftig zu einer Oberschule zusammenlegen, sagte Kraus:

„Die Zweigliedrigkeit des Schulwesens ist ein Irrweg. Zum einen wird auf diesem Wege das Profil einer der erfolgreichsten und beliebtesten Schulformen, nämlich der Realschule, verwässert. Zum anderen wird die Oberschule keineswegs den Belangen und den Förderbedürfnissen der bisherigen Hauptschüler gerecht.

Seltsam mutet an der neuen CDU-Programmatik auch an, dass zukünftig offenbar alle Schulformen zu einer Studierberechtigung führen sollen. Mit dieser Zielsetzung diskreditiert die CDU alle älteren und jüngeren Menschen, die ihren Weg in Beruf und Gesellschaft über eine solide berufliche Bildung machen. Dies wird auch dazu führen, dass sich Studierberechtigung und Studierbefähigung immer noch mehr voneinander entfernen.“

Kraus zweifelt darüber hinaus am konkreten bildungspolitischen Gestaltungswillen der CDU. Wörtlich kritisierte er: „Eine CDU, die plakativ den Föderalismus hochhält und in sieben der deutschen Länder den Regierungschef stellt, die aber nur in zwei dieser Länder das Amt des Schulministers besetzt, hat sich bereits vor Jahren aus der Schulpolitik verabschiedet. Damit herrscht hier wie in manch anderen Politikbereichen in der CDU die blanke Beliebigkeit.“

Für den Inhalt verantwortlich:
Karin Ullrich, Anne Schirmacher (DL)

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: *Deutscher Philologenverband – DPhV*
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

10823 Berlin – Domnicusstr. 3 – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

Lehrerverband zum UNESCO-Welttag des Buches am 23. April:

„Deutschland braucht eine Offensive für Schulbibliotheken“ – „Den Nutzen haben die jungen Leute in allen Schulfächern und Lebensbereichen“

Zum UNESCO-Welttag des Buches am 23. April fordert der Deutsche Lehrerverband (DL) mehr und besser ausgestattete Schulbibliotheken. DL-Präsident Josef Kraus, selbst Leiter eines Gymnasiums und einer darin integrierten öffentlichen Kreis- und Stadtbibliothek, weist darauf hin, dass es in Deutschland keine überzeugende schulische Bibliothekskultur gebe. Im Einzelnen sagte Kraus:

„Viele Schüler haben im Elternhaus wenig bis gar keinen Kontakt zu Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. Doch gerade die internationalen Schulleistungsstudien belegen, dass die Nähe zum gedruckten Wort ein wesentlicher Faktor bei der Lesefähigkeit und Leselust ist. Wenn diese Nähe nicht im Elternhaus gegeben ist, wenn die Eltern ihre Kinder nicht an Bücher und die Möglichkeiten von Bibliotheken heranführen, dann können wenigstens die Schule den Kindern einen Ort des Lesens bieten – aber nur, wenn den Schulen die entsprechenden finanziellen und organisatorischen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Doch in Deutschland gibt es wenige Schulbibliotheken, die diesen Namen verdienen. Oft handelt es sich nur um Lager von mehr oder weniger gut erhaltenen Klassensätzen älterer und neuerer Schulbücher. Schulbibliotheken als freies Angebot für Schülerinnen und Schüler, um ihre Lesewünsche jenseits von schulischen Inhalten zu erfüllen oder um in eigenen Interessensgebieten selbstständig weiterzuforschen, sind bisher die Ausnahme.

Im Zeitalter von Google und Wikipedia liegt das Augenmerk allzu häufig auf der Ausstattung der Schulen mit Computer und neuen Medien. Doch die Ausstattung der Schulen mit klassischen Printmedien sollte darüber nicht vernachlässigt werden. Das Lesen eines Buches ist eine andere Erfahrung als das Überfliegen eines Textes am Bildschirm, und den Inhalt eines Buches wiederzugeben oder zu erörtern, ist zwar anstrengender, aber auch lohnenswerter, als mit Copy & Paste Textpassagen für eine Arbeit oder Präsentation zu übernehmen. Lesen beflügelt die Vorstellungskraft, entführt in andere Welten – und doch erfährt und lernt der Leser vieles, was ihm im Alltag weiterhelfen kann.

Eine Schulbücherei sollte mit einem breiten Sortiment sowohl an Belletristik als auch an interessanten Sachbüchern Kinder aller Altersstufen und Interessen locken können. Autorenlesungen, Lesezirkel, Lesetagebücher, Lesepatenschaften – das alles kann dann zusätzlich die Lesefreude der Schülerinnen und Schüler wecken. Wichtig sind aber nicht nur die angebotenen Bücher, sondern auch Räumlichkeiten, die einen angenehmen Aufenthaltsort nach dem Unterricht oder in Freistunden bieten. Gerade in Zeiten des Ausbaus der Ganztagschulen sollte eine gut sortierte Schulbibliothek eine Selbstverständlichkeit sein.

Doch eine Schulbibliothek mit vielen Büchern und ausreichendem Personal ist nicht zum Nulltarif zu haben. Dass sich entsprechende Investitionen aber lohnen, zeigt ein Blick in Länder, in denen bereits eine etablierte Schulbibliothekskultur vorhanden ist – zum Beispiel in Südtirol. Ein gezieltes Förderprogramm für Schulbibliotheken würde sicherlich auch zu einem Ansteigen der Lesefreude und damit der Lesekompetenz der deutschen Schülerinnen und Schüler führen. Den Nutzen hätten die jungen Leute in allen Schulfächern und Lebensbereichen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Karen Ullrich und Anne Schirmacher

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV
Verband Deutscher Realschullehrer – VDR
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

Berlin, 22.03.2011

Lehrerverband:

„Aktionsrat Bildung verbreitet dümmliche Stammtischparolen über Lehrer“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, hat die Kritik des „Aktionsrates Bildung“ an den Lehrern in Deutschland mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Wörtlich sagte Kraus:

„In Deutschland ist es wie in keinem zweiten Land Volkssport geworden, ehrenrührig über Lehrer dahereden. Nun toppt mit dem „Aktionsrat Bildung“ ein Gremium von sogenannten Bildungsexperten die dümmlichen Stammtischsprüche eines Gerhard Schröder über Lehrer als angeblich „faule Säcke“. Mit professoraler Geste glaubt dieses Gremium Deutschlands Lehrern zu geringe Reformfreudigkeit und mangelnde Professionalität vorhalten zu können.

Der Aktionsrat hätte gut daran getan, Lehrer in Schutz zu nehmen und um Verständnis für die komplexen und schwierigen Aufgaben von Lehrern zu werben. Wenn nun aber auch von vermeintlich wissenschaftlicher Seite eine Breitseite gegen alle 800.000 Lehrer in Deutschland abgefeuert wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn junge Leute die Schule nicht ernst nehmen. Vielmehr sollte man froh darüber sein, dass die Lehrerschaft nicht hektisch auf jede noch so unausgegorene von der Politik inszenierte Reform aufspringt und damit im Interesse der Kinder ein stabilisierendes Element darstellt.

Dem Aktionsrat wäre außerdem etwas mehr kritische Selbstreflexion zu empfehlen. Er handelt schließlich im Auftrag der Wirtschaft und muss sich fragen lassen, ob er die Schule nicht zum bloßen Zuliefererbetrieb für die Wirtschaft abrichten möchte.“

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirmacher (DL)

Für Stellungnahmen ist DL-Präsident Josef Kraus unter folgender Nummer verfügbar:

0171 – 5245945

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

PRESSEERKLÄRUNG

Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – Fax (030) 70 09 48 84 – E-Mail: info@lehrerverband.de

20.05.2011

Lehrer-Chef Kraus ohne Gegenstimme zum neunten Mal wiedergewählt

- „Nur ein leistungsorientiertes Bildungswesen ist ein gerechtes.“
- Auf seiner Fachtagung „Wozu Bildungsökonomie?“ wendet sich der DL gegen einen „Imperialismus des Nützlichkeits- und Verwertungsdenkens“ in der Bildung

Josef Kraus (61) ist soeben in Berlin zum neunten Mal für drei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes (DL) gewählt worden. Die Delegierten der vier DL-Mitgliedsverbände stellten sich ohne Gegenstimme geschlossen hinter ihn. Mit der Wahl von Kraus bestätigten die Delegierten dessen konsequenten Einsatz für ein leistungsorientiertes gegliedertes Schulwesen und für starke berufsbildende Schulen.

Kraus hat dieses Ehrenamt seit 1987 inne und ist damit der dienstälteste Vorsitzende einer Lehrerorganisation. Seinem Verband gehören vier Mitgliedsverbände mit insgesamt 160.000 Lehrern an, nämlich der Deutsche Philologenverband, der Verband Deutscher Realschullehrer, der Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen und der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen. Hauptberuflich ist Kraus seit 1995 Oberstudiendirektor am Maximilian-von-Montgelas-Gymnasium in Vilsbiburg im Landkreis Landshut. Er hat die Fächer Deutsch und Sport studiert und ist Diplom-Psychologe.

Nach 21 Jahren Tätigkeit in diesem Amt verabschiedete der Verband mit größtem Lob für seine Amtsführung seinen bisherigen Schatzmeister, Diplom-Handelslehrer Hans-Joachim Kluge. Ihm folgt Diplom-Handelslehrer Dominik Berdin (30) nach.

Unter dem Beifall der Delegiertenversammlung hatte Kraus in seinem politischen Bericht unter anderem erklärt: „Eine Nation, die kulturell, wirtschaftlich und politisch bestehen will, muss in Zeiten fortschreitender, global bedingter Pluralisierungen ein plurales, differenziertes Bildungswesen vorhalten. Der Bedarf an Pluralität und an unterschiedlichen Profilen unterschiedlicher Bildungseinrichtungen ergibt sich aus der großen Bandbreite der Begabungen und Neigungen junger Menschen sowie aus der Heterogenität der Qualifikationsanforderungen und Lebensentwürfe. Ein wie auch immer benanntes einheitliches Schulwesen entspricht diesen Anforderungen nicht. Gewiss muss ein Bildungswesen auch gerecht sein. Gerecht ist es aber nur, wenn es Chancen zur eigenverantwortlichen Nutzung der Bildungsangebote und zur individuellen Leistungsentfaltung bietet. Der Anspruch an Bildungsgerechtigkeit darf nicht darin bestehen, dass Strukturen, Inhalte und Anforderungen egalisiert werden. Ein gerechtes Bildungswesen kann nur ein Bildungswesen sein, das am Leistungsprinzip orientiert ist.“

Fachtagung „Wozu Bildungsökonomie?“

Im Anschluss an die Delegiertenversammlung hatte der DL zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eine Fachtagung „Wozu Bildungsökonomie?“ veranstaltet. Eine der von großem Konsens getragenen Kernaussagen der Tagungsteilnehmer war, dass Bildung die Persönlichkeitsentwicklung ganzheitlich zu fördern habe und nicht dem Imperialismus eines blanken Nützlichkeits- und Verwertungsdenkens sowie eines Test- und Quotenwahns ausgeliefert werden dürfe.

Die bei der Fachtagung von sechs Bildungs- und Wirtschaftswissenschaftlern gehaltenen Vorträge werden in Kürze als Tagungsdokumentation veröffentlicht.

Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Für Rückfragen stehen zur Verfügung: DL-Geschäftsstelle, Tel. (030) 70 09 47 76, oder DL-Präsident Josef Kraus, Tel. (0 87 41) 96 52-0